

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Verstärkung des Schutzes von Opfern von Gewaltverbrechen

GR. Dr. **Piffli-Percevic** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Gerade diese Tage stehen wieder im Zeichen der Erinnerung, der unmittelbaren Erinnerung an den Vorfall von vor einem Jahr und unser ganzes Mitgefühl, vor allem, was wir uns sonst überlegen, gilt den Opfern des Unfassbaren, was hier mitten in unserer Stadt an einem ganz normalen Tag geschehen ist. Wir können es noch nicht fassen und die Betroffenen noch viel weniger. Es gibt einige Veranstaltungen, auch eine hier in diesem Saal, die ganz unmittelbar den unmittelbar Betroffenen mit Recht vorbehalten ist als Zeichen für das Mitgefühl, das wir ihnen entgegenbringen. Es wird auch am Sonntag dann eine Messe in der Stadtpfarrkirche geben und auch im Stadtmuseum eine Bezug habende Veranstaltung oder Ausstellung. Die Medien berichten immer wieder darüber. Sie berichten auch darüber, was mit dem Täter, was mit dem Verursacher dessen bis jetzt erfolgt ist. Und ich möchte gleich vorweg betonen, dass wir in all dem fest auf den Grundlagen unseres freiheitlichen Rechtsstaates stehen, den wir uns und unsere Vorfahren in jahrzehnte-, jahrhundertelanger Arbeit erkämpft haben. Ein Staat, der die Rechtsgrundanlagen respektiert, die auch durch unsere Verfassung überwacht werden. Wohl aber gibt es einen Bereich gerade der auch einfach gesetzlich zu regeln ist, das ist das Strafrecht, das ganz speziell auch die Behandlung von unzurechnungsfähigen Personen zum Inhalt hat. Es gibt hier den sogenannten Maßnahmenvollzug und es ist ja auch kein Geheimnis, dass es, nur vorweg auch noch hinzufügen, worauf wir mit dem Antrag hinauswollen, dass es auch hier immer wieder Novellen, neue Überlegungen gibt und im Mittelpunkt dieser Überlegungen hat selbstverständlich der Opferschutz zu liegen. Der Opferschutz im weitesten Sinn des Wortes der bisher schon Betroffenen, aber auch potentiell zukünftig Betroffener ganz

allgemein, aber auch von einem Täter, der derzeit keine Möglichkeit hat, in der Öffentlichkeit zu leben und hier gibt es zumindest eine gewisse Angst, dass sich sowas bei zu wenig Vorsorge wiederholen könnte oder dass wir nicht alles tun, was zumutbar ist und was im Einklang mit den Grundregeln unseres Rechtes zu tun ist. Und nur so ist dieser Antrag zu verstehen, dass wir uns, und das ist wohl das Mindeste, was man von uns jetzt verlangen kann, dass wir alles tun, dass alle Überlegungen auch zusätzlich angestellt werden, wie man mit solchen strafunmündigen beziehungsweise nicht zurechnungsfähigen Tätern umgeht, dass man hier den Maßnahmenvollzug und alle Behandlungsvorgänge auch sich noch einmal überlegt. Ich möchte ausdrücklich auch, nicht nur, weil Daniela Grabe auch einen Abänderungsantrag eingebracht hat, auch auf das Unbehagen eingehen, das im Zusammenhang mit den Sachverständigengutachten, die zum Maßnahmenvollzug führen oder Voraussetzungen sind, betrifft. Es geht eben um die Sachverständigengutachten, um die Qualität dieser Gutachten und auch Daniela Grabe, du führst mit Recht an, dass es hier eine Verbesserung ganz klar der Qualität dieser Gutachten ja eine, ich möchte jetzt nicht den Ausdruck Überwachung, aber dass man eine Qualitätssicherung, wie immer die auch ausschaut, einbaut, denn offensichtlich, jedenfalls ist die Befürchtung da und es gibt einige Indizien und du führst auch bundesdeutsche Erfahrungswerte an, dass hier alles notwendig ist, um den berühmten Begriff des näher Hinschauens zu verwenden und hier möglicherweise auch in legislative Maßnahmen einzutreten. Und ich möchte ausdrücklich das auch verstanden wissen mit der Aufforderung an den Herrn Bundesminister, ich komme jetzt zum Antragstext, an den Bundesminister für Justiz heranzutreten, eine Änderung des österreichischen Strafrechtes, dort ist ja auch das enthalten, zu prüfen, die verstärkt dem Schutz auch möglicher künftiger Opfer Rechnung trägt und ausschließt, dass gefährliche geistig abnorme Schwerverbrecher wieder vorzeitig auf freien Fuß kommen. Und ich möchte das mit dem „vorzeitig“, es ist nicht alles möglich, mit Fußnoten und Zusatzerklärungen zu versehen, „vorzeitig“ heißt eben, es möge Vorsorge getragen werden, dass diese Verwahrungsfrist so lange erfolgt, wie es notwendig ist. Gerade zum Schutz der Opfer und man muss sich überlegen, es ist hier

keine voreilige Festlegung, die ich für dringliche Anträge persönlich aus meinem Innersten her ablehne, weil das ja nicht ausgiebig diskutiert werden kann, aber legitimiert ist man als dringlicher Antragsteller insbesondere, dass man jemanden auffordert, weitere Überlegungen anzustellen, die wir nicht abschließend determinieren, aber das ist wohl nochmals das Mindeste, was wir den Opfern, den gegenwärtigen Opfern, aber vor allen den zukünftigen Opfern schuldig sind. In diesem Sinne ersuche ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen und ich mache kein Hehl daraus, ich habe mit Daniela Grabe gerungen, dass wir ihren Abänderungsantrag als Zusatzantrag, er steht in keinem Widerspruch zu unseren Intentionen, aber sie wird dann selbst erklären, worum das offensichtlich nicht möglich ist. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem dringlichen Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Peter Piffli hat ja schon ein bisschen eingeleitet. Vorausgeschickt, es ist unbestritten absolut grauenhaft, was voriges Jahr passiert ist. Es ist unbestritten dringlich, dass wir uns mit dieser Frage beschäftigen und es ist auch unbestritten, dass die Opfer und auch die Angehörigen der Menschen, die das nicht überlebt haben, bis heute darunter leiden und wahrscheinlich noch sehr, sehr lange leiden werden und Verluste erlitten haben, die nie wieder gutzumachen sind. Das alles ist unbestritten. Unsere Zugangsweise zu eurem Antrag allerdings hat jetzt mehrere Punkte. Du hast vorher in der Einleitung gesagt, Peter, dass du den freiheitlichen Rechtsstaat betonst und das sehen wir ganz genauso, das ist eine immense zivilisatorische Leistung unserer Kultur, dass wir ein Rechtssystem haben, das viele Dinge sorgsam abwägt und auch den Grundsatz hat, nur jemand, der für eine Tat verantwortlich ist, weil sie mit Bewusstsein usw. gemacht, dass nur diese Menschen wirklich verurteilt werden können. Für die anderen, und du hast es erwähnt, gibt es eben diesen Maßnahmenvollzug. Das Wort klingt so harmlos, Maßnahmenvollzug heißt in aller Regel, dass die Leute, so jemand wie dieser

Amokläufer garantiert, das haben uns Fachleute, die wir schon gefragt haben, bestätigt, wird garantiert nie mehr seinen Fuß in die Freiheit setzen. Er wird mit so einer Beurteilung von Psychose nie mehr hinauskommen und das ist etwas, natürlich würde man sich aus dem Unrechtsgefühl, aus der Empörung heraus eine stärkere Bestrafung wünschen. Aber wenn jemand nicht zurechnungsfähig ist, dann ist lebenslang in einem Maßnahmenvollzug, das heißt in der geschlossenen Psychiatrie sein ist, denke ich, wirklich das, was deine Ziele auch erfüllt. Es ist einerseits ein Schutz für die Menschen, dass sie nicht zukünftig Opfer werden, der wird nie mehr herauskommen und es ist andererseits das, was, wie du sagst, den freiheitlichen Rechtsstaat wirklich auch einhält, dass man unterschieden muss zwischen Menschen, die für ihre Tat verantwortbar gemacht werden können und für Menschen, die das nicht können. Und unser Grund, dass wir eurem Antrag nicht zustimmen können, sondern ihn abändern wollen, ist genau das, was du betont hast, die Wichtigkeit des Opferschutzes und die Wichtigkeit, diese Gutachten zu verbessern, das unterstreichen wir vollkommen, aber das zwischen den Zeilen für uns so stark herauslesbare Hinterfragen, ob der Maßnahmenvollzug, ob das wahrscheinlich wirklich für den Großteil ein lebenslanges Einsperren in eine psychiatrische Anstalt, ob das zu wenig sei, zu wenig dem auch, weil du da schreibst, zu wenig dem Bewusstsein oder der breiten Öffentlichkeit nicht ausreicht, das darf nicht die breite Öffentlichkeit entscheiden, das muss unser Rechtsstaat anders regeln und wie gesagt, Schutz für die Menschen ist es allemal, wenn jemand, der so ein Täter ist, in einer psychiatrischen Anstalt eingesperrt ist. Deswegen ich werde nachher dann, weil die Zeit schon aus ist, den Abänderungsantrag vorbringen, aber wir stimmen der Dringlichkeit zu, weil natürlich die Beschäftigung mit dem Thema dringlich ist, aber wir werden dann in der Debatte den Abänderungsantrag vorbringen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Peter Piffli-Percevic! Eines würde ich gerne gleich auch vorwegnehmen, selbst bei der Umsetzung der in deinem Antrag geforderten

Änderungen des österreichischen Strafrechtes wäre diese furchtbare Tat vom 20. Juni des Vorjahres nicht zu verhindern gewesen, weil es sich nämlich um einen Ersttäter handelt. Und das österreichische Strafrecht kennt folgende Definition des Begriffes Strafe: Strafe ist ein mit Tadel verbundenes Übel, das von einem Strafgericht aufgrund und nach Maßgabe der Schuld des Täters verhängt wird. Und das heißt, dass nach Prüfung der Tat auf ihre Tatbestandsmäßigkeit und ihre Rechtswidrigkeit auch die Schuldfähigkeit des Täters geprüft werden muss und das passiert in Österreich eben durch Fachärztinnen und Fachärzte, die dann feststellen, ob sich der Täter bei Begehung der Tat in einem die Schuldfähigkeit ausschließenden Zustand befunden hat oder nicht. Und im Zweifel werden vom Gericht sogar Zweit- und Drittgutachten angefordert. Und wird schlussendlich, wie im Fall vom Alen R. festgestellt, dass der Täter bei Begehung dieser Tat unzurechnungsfähig war, ist auch eine Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher möglich. Und anders als bei Freiheitsstrafen für zurechnungsfähige Täter, die bei guter Führung nach Ablauf einer bestimmten Dauer bedingt nachgesehen werden können, bleibt ein untergebrachter Täter so lange in einer Anstalt, so lange er von Fachärztinnen und Fachärzten als nicht geheilt begutachtet wird. Und das heißt, eine bedingte Entlassung ist hier gar nicht möglich und der Täter bleibt so lange in der Anstalt, bis er geheilt ist und das kann auch wirklich lebenslang bedeuten. Und im Fall von Alen R. ist die Wahrscheinlichkeit, dass er lebenslang in Verwahrung bleibt, gar nicht so klein, vielleicht sogar größer, als wenn er in den regulären Strafvollzug käme. Und es wäre auch möglich, dass sowohl Freiheitsstrafe und Unterbringung in einer Anstalt für geistig Abnorme hintereinander verhängt werden. Also was soll man an diesem System ändern, um, so wie du forderst, Opfer mehr zu schützen und was könnte man an diesem System überhaupt ändern und die Bedeutung von psychiatrischen Gutachten relativieren, Straftäter unabhängig von ihrer Schuldfähigkeit in den Strafvollzug überstellen und sie unbehandelt lassen oder, und auch das lässt sich aus deinem Antrag herauslesen, soll man Straftäter, die bei Begehen der Tat unzurechnungsfähig waren und denen später Heilung fachärztlich attestiert wurde, trotzdem in Verwahrung belassen? Diesen Ansatz möchte ich lieber

nicht fertigdenken. Und die Rückfallquote bei Straftätern, die aus einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher kommen, beträgt übrigens knapp 10 % und zieht man davon auch noch jene ab, deren Rückfälligkeit bloß darin besteht, dass sie gegen Bewährungsaufgaben verstoßen haben, sind wir sogar im einstelligen Bereich. Lieber Peter, wir alle sind anlässlich des bevorstehenden Jahrestages der furchtbaren Amokfahrt tief berührt und mit unseren Herzen bei den Opfern und deren Angehörigen. Wir alle wünschen uns, dass so etwas nicht mehr passieren darf, wir alle wissen aber auch, dass man eine solche Tat nie ausschließen kann. Und wenn es etwas gibt, das die Wahrscheinlichkeit solcher Taten minimiert, sind wir dabei, beispielsweise eine Aufstockung des psychologischen Personals für Schulen, in Jugendeinrichtungen, Betrieben und Ämtern. Ein Frühwarnsystem bei Vorliegen bestimmter Auffälligkeiten etwa, eine Änderung des Strafrechts gehört aus den von mir geschilderten Gründen aus solchen Fällen für uns definitiv nicht dazu. Und ein wesentlicher, ganz wesentlicher Aspekt, den wir auch unterstützen können ist, dass der Schutz bezogen auf die Opfer, also dass man da einfach auch noch sich verstärkt überlegt, was man da auch noch verbessern und verändern kann. Aus diesem Grund heraus haben wir uns entschieden, eben sowohl der Dringlichkeit jetzt auch nicht zuzustimmen, aber natürlich schon gar nicht dem Inhalt, so wie er vorliegt, weil wir eben nicht für eine Verschärfung des Strafrechts sind, sondern für andere adäquate Maßnahmen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich versuche jetzt bei aller Tragik, bei allen Opfern, bei allem, was hier geschehen ist, auch ein bisschen das aus der Sicht eines Polizisten zu sehen. Wir unterhalten uns jetzt hier, ob wir das Strafrecht ändern können, wir unterhalten uns hier über den Maßnahmenvollzug und ähnliche Dinge. Das ist an und für sich Aufgabe von Fachleuten, das wird meines Wissens auch im Justizministerium in vielfacher Weise geprüft. Wir gehen aber trotzdem mit dem Antrag der ÖVP, also des Herrn Dr.

Piffli-Percevic sowohl in der Dringlichkeit als auch inhaltlich mit. Es ist fassungslos, was hier in Graz passiert ist und wir sind hier bei den Opfern. Mir aber als Polizist geht es darum, kann man so etwas verhindern? Und welche Maßnahmen sollten wir setzen, dass wir das am ehesten verhindern können? Und hier bin ich wieder dort, wo ich heute bei meiner Anfrage war, bei der Polizei. Wir haben hier Dienststände, die untragbar sind und entgegen der Frau Taberhofer, es war zwar ein Ersttäter, was die Größe des Delikts und dem Umfang betrifft und was grauenhaft ist, aber es hat dort Vorzeichen gegeben. Es wurde ihm ja ein Waffenverbot ausgesprochen, es wurde ihm eine Waffe abgenommen und viele andere Dinge und hier stelle ich mir die Frage, kann man das mit mehr Polizei verhindern? Mit Sicherheit kann man eines machen und das ist, mit mehr Polizei kann man es genauer prüfen. Das ist unabdingbar und das ist wesentlich und wenn ich jetzt zurückgehe auf meinen dringlichen Antrag im November, am 19.11.2015, wo es um die Aufstockung der Polizei gegangen ist und dann eine Antwort bekomme, die vom Ministerium kommt, dass wir in zwei Jahren von 2013 weg 387 Beamte aufgenommen haben oder zugewiesen bekommen haben und gleichzeitig aber niemand spricht, wieviel in Pension gegangen sind, dann muss ich ehrlich sagen, kriege ich ein bisschen Kopfweh, das ist jetzt gelinde gesagt. Ich habe da die genauen Zahlen, was wir Dienststände gehabt haben vom Jänner 2010 oder Dezember 2010 bis Dezember 2015 und da ist der Unterschied bei den dienstbaren Beamten ein Beamter mehr, steiermarkweit waren es 3.120 2015 und 2010 waren es 3.121 und da erleben wir immer, dass vor Wahlen der Dienststand aufgestockt wird beziehungsweise versucht wird, weniger Versetzungen von der Steiermark weg, von Graz weg usw. und danach wird wieder das Alte weitergespielt oder die alte Situation hergestellt. Was mir aber ganz am Herzen liegt, das ist die Zukunft. Wir haben in unserer Schule Plätze derzeit für 75 Kolleginnen und Kollegen pro Jahr, das heißt 75, möglicherweise stocken wir es jetzt auf 100 auf, jene Beamten die den Sechs-Monats-Kurs machen, das ist in Wirklichkeit der Ersatz für die Zollwache, die wir abgeschafft haben, wo wir aber nichts nachbesetzt haben und jetzt haben wir aber Abgänge, also die Kollegen, die jetzt ausgebildet werden, werden 2018 in den Dienst kommen, da

haben wir zu erwartende Pensionsabgänge von 200. Und jetzt erlauben Sie mir, etwas zu zeigen, das mache ich normal nicht. Wenn ich das sagen würde oder die FPÖ, dann würde das sehr schlimm sein: „Graz brennt und das Land schaut weg“. Das geht noch weiter, da sind zweimal zwei Doppelseiten „Graz brennt und das Land schaut weg“. Das ist die Zeitung der KDÖ 2013, das ist die Exekutive der ÖVP. Jetzt war der Innenminister immer in diesen Händen und von Ihnen gestellt und da hätte man nachsetzen können. Das ist ein Hilfeschrei der Polizei und die Frage ist, was kommt und darüber sollten wir nachdenken, um alle Möglichkeiten der Polizei in die Hand zu geben, sowohl Personal als auch finanziell, um solche Taten weitestmöglich einzugrenzen und zu verhindern. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grossmann:** Hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer schwierig, wenn sich Nichtjuristen über juristische Fragestellungen unterhalten. Aber ich denke, was der Antrag vom Kollegen Peter Piffel-Percevic eigentlich bedeutet ist, er hat es sogar in seinem Anfangsstatement ausgeführt. Er sagt, etwas, was noch nicht zu Ende gedacht ist, sollte Denkanstoß geben an zuständige Institutionen, um darüber nachzudenken, dass wir etwas tun und ich glaube, das sind wir den Grazerinnen und Grazern in jedem Fall schuldig. Insbesondere den Opfern dieser unglaublichen Tat. Und letztendlich mitten unter uns sitzt jemand, der unmittelbar dabei gewesen ist und dieses Trauma sozusagen, dieses Erlebnis, einen Menschen sterben gesehen zu haben, noch zu verarbeiten hat. Das, was wir ihnen geben müssen, ist die Sicherheit, dass wir uns in dieser Frage hinter die Opfer stellen und der Prävention vor solchen Dingen absoluten Vorrang einräumen und ich gebe dem Kollegen Moser Recht, dass wir viel mehr Einsatzkräfte brauchen, das ist gar keine Frage, da haben wir uns in diesem Gemeinderat oft genug dazu bekannt. Aber wir brauchen auch die präventive Wirkung des Strafgesetzes und ich denke, dass es in diesem Zusammenhang wichtig ist festzustellen, dass eine Klärung dessen, dass wir

den Opferschutz über den Täterschutz stellen, wichtig ist und wenn ich schon zwischen den Zeilen lesen möchte im Antrag, dann sollte ich auch den Antrag und den Text lesen, Frau Kollegin, denn da drinnen steht, dem verstärkten Schutz auch möglicher künftiger Opfer Rechnung trägt und ausschließt, dass gefährliche, geistig abnorme Schwerverbrecher wieder vorzeitig auf freien Fuß kommen. Und es geht darum zu sagen, die Gesellschaft hat die Aufgabe, Menschen, die zu einer solchen Tat fähig sind, nicht nur einer medizinischen Behandlung zu unterziehen, das stellen wir nicht in Abrede, sondern vor allen Dingen auch die Bevölkerung davor zu schützen, dass diese Täter wieder zu Täter werden können und deshalb unterstützen wir diesen Antrag vollinhaltlich (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Bevor meine Kollegin noch einmal den Antrag von uns einbringt, möchte ich doch jetzt noch zwei oder drei Punkte aufgreifen, die rund um den Antrag gesagt wurden. Ich kann das Bedürfnis vollkommen nachvollziehen, auch aufgrund der angemerkten Betroffenheit, aufgrund der noch immer da existierenden Wut auf diese unverständlichen Emotion heraus, was hier passiert ist und es ist alles gesagt worden und das würde ich nur unterstützen, dass es ein schreckliches Trauma für die ganze Stadt ist, das uns noch lange begleiten wird. Aber zwei Punkte, zuerst Michael Grossmann noch einmal und auch zur Argumentation der ÖVP. Wenn es ein System gibt, das Krankheit definiert und auch definiert, ab wann sie geheilt ist. Jetzt kann man darüber reden, wie diese Gutachterstrukturen ausschauen müssen, wie abgesichert das sein muss, wie sehr Gutachter nicht alleine gelassen werden müssen usw. Darüber muss man diskutieren, da bin ich voll dabei, das muss verbessert werden, es kann nicht ein Gutachter alleine zum Beispiel darüber entscheiden bei so einer essentiellen

Gefährdung, die von einer Person bis zu dem Zeitpunkt ausgegangen ist. Aber wenn ihr sagt, so lange wie nötig, was heißt, so lange wie nötig? Heißt das, dass jemand, der irgendwann einmal geheilt ist, und gehen wir davon aus, dass das auch möglich ist oder gehen wir davon aus, dass jemand, der eine schwere psychische Erkrankung hat, nie geheilt werden kann? Darüber müssen wir uns dann ganz grundsätzlich, und das ist keine rechtliche Frage mehr, das ist schon fast eine rechtsphilosophische Frage und eine medizinische Frage und das Recht sieht vor, dass es die Möglichkeit gibt, irgendwann wieder gesund zu werden, wenn es denn so ist. Das muss aber natürlich bestens abgesichert sein, das wäre dann so lange wie nötig. Dass aber du noch einmal argumentiert hast und was auch hinter eurem Antrag steht, jemand, der einmal so ein Verbrechen begangen hat, weil er so schwer krank war, dem wird niemals mehr zugestanden, dass er gesund werden kann. Das heißt, der muss für immer weggesperrt werden, das heißt, das hast du, Herr Bürgermeister, ja auch schon so formuliert und da ist ein Haken drinnen. Weil es heißt, es gibt keine Heilung und wir gehen davon aus, dass Heilung ausgeschlossen ist. Ich will jetzt nicht auf den strafrechtlichen Tatbestand, dass es auch ein Resozialisierungsgesetz, wenn jemand strafrechtlich, in dem Fall gibt es keine strafrechtliche Verantwortung, weil der Täter als nicht zurechnungsfähig erklärt wurde. Warum er dazu erklärt wurde, auch darüber kann man streiten, können wir von hier aus nicht beurteilen, es gibt die einen oder anderen, die sagen, diese Begutachtung ist zweifelhaft, ok, dann muss man daran arbeiten, dass das besser abgesichert ist und auch dass mehr darüber schauen, sagen wir einmal so, dass genauer hingeschaut wird. Also ich sehe da ein bisschen ein Problem drinnen zu sagen, für immer wegsperrten, weil Heilung nicht möglich ist, da muss man noch einmal diese Diskussion von vorne führen. Und beim zweiten Punkt, den ich anmerken möchte, und da bin ich jetzt in zwei Punkten vollinhaltlich beim Herrn Gemeinderat Moser, das wird die FPÖ vielleicht überraschen, aber er hat nämlich was angesprochen, was mir wieder einfällt, wenn wir solche Debatten führen. Wann immer wir davon reden und hören was in Österreich zum Thema Budgets und Budgetkonsolidierung stattfinden muss, dann hören, wir insbesondere vom euch sehr nahen Wirtschaftsbund zum Beispiel,

auch das letzte Mal wieder von der Industriellenvereinigung, aber auch vom Rechnungshof und von vielen Experten/Expertinnen, nicht nur ÖVP-nahe, aber eher so dem Bereich des liberal-konservativen Bereichs nahestehend, dass die Kosten im öffentlichen System eingespart werden müssen. Das bedeutet, dass Köpfe im öffentlichen Verwaltungssystem eingespart gehören, das ist immer die Antwort, wenn es darum geht, wie kommen wir mit dem Budget weiter: Kosten reduzieren. Köpfe einsparen heißt, Polizei nicht ausstatten, heißt Sozialarbeit nicht ausstatten, heißt Jugendwohlfahrt hinuntersparen, das heißt, genau dort reduzieren, wo der Ansatzpunkt liegt bei einer komplexen und einer schwieriger werdenden Gesellschaft. Ich bin beim Bürgermeister, wenn er sagt, es gibt immer mehr psychisch sehr schwer gestörte Menschen, ja, das stimmt. Aber es gibt auch sonst immer mehr komplexe Probleme und wir wissen und auch von diesem Täter, auch da bin ich beim Herrn Gemeinderat Moser, wussten wir, dass eine Wegweisung stattgefunden hat, dass ein waffengesetzlicher Verstoß vorgelegen hat, das heißt, dass für Täterarbeit im Vorfeld dafür keine Ausstattung da war, nicht genug, man hat damals das auch nachgeprüft, es gibt am Land fast keine Strukturen für Täter, die schon einmal verurteilt wurden, aber regelmäßig hören wir, dass genau dort gespart werden muss und das ist ein Widerspruch, den will ich einfach da noch einmal hereinholen. Wir müssen uns überlegen, was es heißt, immer zu sagen, die Verwaltung muss eingespart werden, es heißt, dass genau dort gespart wird. Und der Maßnahmenvollzug, ich habe FreundInnen aus meiner Sozialarbeitszeit, die im Maßnahmenvollzug arbeiten, ihr müsst euch einmal anschauen, unter welchen Bedingungen die arbeiten. Es sind die Dienstposten teilweise nicht besetzt, das heißt, da arbeiten PsychologInnen, psychologisch geschultes Personal, aber auch du wirst wissen, auch im Strafvollzug sonst, da arbeitet man andauernd und da werden dann Fehler auch passieren, womöglich auch Fehlentscheidungen und wenn wir diese Kurbel weiter nach unten drehen, ist das auch ein Aspekt, den ich einfach da nur kurz noch einmal anmerken will, weil der Herr Gemeinderat Moser mich darauf gebracht hat. Aber noch einmal darauf zurückkommen zu unserem Antrag, ja, es muss was getan werden, ja, das Thema ist

dringlich und ja, es wird im System nachzudenken sein, wie wir hier einen höheren Schutz für die Opfer oder eben auch vor zukünftigen Tätern erzielen, das ist gar keine Frage, da sind wir voll dabei (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Also in der Debatte möchte ich nur eines festhalten. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass grundsätzlich so eine Tat ja nicht von einem normalen Menschen begangen wird. Insofern ist es, und das ist auch die Folge in diesem Fall gewesen und ich habe mich nur erkundigt beim damals zuständigen Richter, ob nicht auch der Herr Fuchs unzurechnungsfähig gewesen wäre, der Herr Fuchs hat drauf bestanden, zurechnungsfähig zu sein, deshalb hat es auch diese Prüfung nicht gegeben. Das heißt, jemand der so etwas macht, da passt irgendetwas nicht und da fehlt irgendwas, das ist nicht automatisch eine Krankheit, dass ich nicht weiß, was ich getan habe. Ich denke mir, natürlich unterscheidet sich eine Tat im Vorsatz von einem Affekt, aber im Nachhinein zu behaupten, eine Psychose oder etwas zu dem Tatzeitpunkt gehabt zu haben, wo ich sonst eigentlich ganz normal ansprechbar bin...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Das können wir nicht beurteilen.

GR. **Rajakovics**: können wir nicht beurteilen, dafür gibt es Psychologen, aber es macht den Anschein auch in der Öffentlichkeit, dass quasi der Schutz des Täters vor dem Schutz der Opfer kommt und zwar deshalb, weil mit dieser Diagnose der Prozess für die Tat an sich nicht stattfindet. Und da, glaube ich, kann man sehr wohl einmal nachdenken darüber, ich habe es auch nicht präsent, wie so etwas formuliert sein könnte oder wie der Gesetzgeber drauf reagieren könnte, aber die Frage ist, ob es nicht jedenfalls notwendig ist, die Tat auch zu beurteilen und dafür ein Strafausmaß festzusetzen, dann kann ich noch immer parallel jemanden zu einer Behandlung, wenn

es notwendig ist, auch in eine dafür entsprechende Anstalt einweisen. Ich meine, dass das nicht alles immer ganz so sicher ist, sieht man ja gerade an dem Kollegen, der da aus Göllersdorf nach Vasoldsberg gekommen ist und jetzt fort ist. Also dass dann doch eine gewisse Skepsis da ist, dass das immer alles eh quasi für immer ist und dass da nichts mehr passieren kann, daher wenn jemand für seine Tat zur Rechenschaft gezogen werden soll, dann braucht es einen Prozess und ein Strafausmaß. Parallel dazu kann auch eine Einweisung erfolgen, sodass auch eine Behandlung erfolgen kann und von der kann er auch wieder geheilt werden. Sollte diese Heilung nach fünf Jahren stattfinden, dann denke ich, wäre auch im Sinne der Opfer es klar, dass der Rest der normalen Haftstrafe, die für die Tat ansteht, an und für sich noch abzusitzen wäre. Ich bin kein Jurist, daher kann ich das jetzt nicht genau ausformulieren, aber nicht mehr und nicht weniger ist der Denkanstoß, den wir haben. Wir wollen, dass letztlich die Opfer das Gefühl haben, dass für Taten auch jemand einstehen muss, dass dafür auch so etwas wie eine Sühne gibt, die in Form eines Strafausmaßes auch ausgesprochen wird. Und das, glaube ich, kann man einer Gesellschaft sehr wohl zumuten, dass sie über so etwas einmal nachdenkt und nicht von vorneherein zu sagen, also, wie du selbst gesagt hast, liebe Lisa, die psychischen Erkrankungen in Form von Burn out, wissen wir alle, dass sie im Vormarsch sind. Also kann bald einmal jeder sagen, dass er irgendwas nur im Affekt gemacht hat und wenn er auch noch entsprechend clever ist, kann er das auch dem Psychologen... Ja, die Spezialisten, die haben wir in allen Ämtern überall und wir wissen, dass auch Jugendliche schon sehr gut mit den Sozialarbeitern usw. spielen können und ihre Geschichten ihnen dann auch so servieren, wie sie es für ihre Entscheidung und wie sie am liebsten behandelt werden wollen, brauchen. Deshalb nichts dagegen, dass auch natürlich ein Psychiater darüber entscheidet, ob es auch zu einer Behandlung kommen muss, aber ich denke auch im Sinne der Opfer, es muss auch parallel dazu die Tat an sich angeschaut werden und dieses Strafausmaß muss für den Täter gelten. Ich würde eine Ausnahme machen, wenn ich sage, wenn jemand von Geburt an geistig behindert ist, ist er unzurechnungsfähig, aber in der Gesellschaft, wo so viele Psychosen sind, dass sie dann quasi im Nachhinein den

Tatzeitpunkt... dann bin ich plötzlich, wo ich ja sonst in dieser Gesellschaft gelebt habe, gearbeitet, Schule gegangen bin und plötzlich bin ich dann nicht mehr zurechnungsfähig, sage ich, ok, wenn das so ist, dann soll eine Behandlung erfolgen, aber die Tat an sich gehört aus unserer Sicht sehr wohl angeschaut und dazu, denke ich mir, sollte man zumindest einmal im Justizministerium nachdenken und das ist die Anregung, die wir heute geben wollen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf mich in der Frage jetzt auch zu Wort melden, auch auf die Gefahr hin, dass man mir weiterhin vorwirft, dass ich auch aus Emotion heraus meine Fraktion gebeten habe, darüber nachzudenken, was wir denn auch in Richtung Wiener Parlament und auch dem zuständigen Justizminister unter Umständen gemeinsam von Graz aus als Bitte senden möchten. Die Zeiten, auch bei uns in Europa, ändern sich dramatisch, das sorgt bei uns allen für Nachdenken nach Lösungssuche, bei vielen aber auch und auch bei uns in manchen Tagen, auch bei mir, durchaus auch für Ängste, wie geht das alles weiter. Wir haben einen Terrorismus in einer Art und Weise, auch einen religiösen Fanatismus, den wir nie wollten, wir haben immer mehr Menschen, die beklagen, dass sie psychosomatisch erkranken, die Burn-out-Ziffern, besonders auch in unserem Bundesland, erreichen Dimensionen, das gab es trotz enormer Belastung in vorhergehenden Generationen in der Form eigentlich nicht und es passt natürlich jetzt zu diesem Jahresgedenktag auch dazu, aber wenn ich alleine die Meldungen in den Medien der letzten 14 Tage hernehme, mache ich mir schon ernsthaft Sorgen, ob wir mit unserem derzeitigen Rechtssystem, das im Übrigen auch durch Parlamentarier von Bürgern gemacht wird, noch in Zukunft passen wird. Emotion ist manches Mal vielleicht auch ganz gut, wir sagen ja oft, wir denken alles mit dem Kopf, wir sollten vielleicht auch manchmal wieder das ausdrücken, was ich von so vielen Menschen auch aufgrund der Diskussion, die wir in Graz erleben mussten, also dieser fürchterlichen Amoklauf, was ich jetzt bei den Bürgerinnen und Bürgern erlebe. Es gibt zwei Dinge,

das eine ist, dass wir alle wissen, dass Rechtsprechung nicht immer mit Gerechtigkeit zu tun hat, aber ich stelle fest, bei den Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, dass es bei allem, vor allem bei Verbrechen und Taten gegen Leib und Leben, mittlerweile für viele ein viel zu geringes Strafausmaß gibt. Wir haben vor wenigen Stunden ein Urteil bekommen, wo jemand ein zehnjähriges Kind brutalst missbraucht hat und wer zugehört hat bei Staatsanwaltschaft und Richtern, das Ausmaß dieser Brutalität und ein Schuldspruch, der noch nicht rechtskräftig ist, von sechs Jahren entspricht nicht mehr ganz dem Verständnis der Bevölkerung und wünscht sich ein höheres Strafausmaß, das ist die eine Geschichte. Die zweite Geschichte ist, und da könnte ich jetzt noch andere Fälle anführen, die zweite Sorge ist bei vielen Menschen, dass wir durch den sehr behutsamen Umgang genau in das, was auch die grüne Fraktion und auch die KPÖ jetzt gesagt hat, behutsam deswegen, wenn es darum geht, ist jemand erkrankt und handlungsfähig oder nicht, auch eine Diskussion haben, dass man sagt, ja darf man das Rechtssystem da jetzt überhaupt verändern in der Form, ja oder nein, und der Thomas hat es jetzt gerade beschrieben. Ich glaube, man sollte differenzierter vorgehen, wenn jemand von klein auf aufgrund eines Geburtsfehlers oder sonst was garantiert nie handlungsfähig ist, muss ich ihn vielleicht anders betrachten als jemanden...

Zwischenruf: Das kann uns allen passieren.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das ist schon alles gut, deswegen schlagen wir ja vor, du sollst verurteilt werden und dann reden wir über deinen Seelenzustand und Gesundheitszustand und jetzt sage ich das auch dazu: Drei Gutachter ist immer gut, weil dann gibt es zumindest ein 2 : 1-Verhältnis, ich traue mich wetten, noch ein Gutachter dazu und wir haben vielleicht wieder einen Gleichstand. Die „Gutachteritis“ in diesem Land stört uns in vielen Bereichen und das verstehen die Menschen da

draußen langsam gar nicht mehr, was eigentlich los ist in der Republik. Und wenn ein Mann hergeht und seine Ex-Frau mit fünf Schüssen hinrichtet und danach vielleicht eine Diskussion aufkommt, ob er da betrunken war oder nicht, ja hat er es vorher getrunken oder nicht, welcher Gutachter soll in seinem Leben das noch einmal feststellen, ob er zu dem Zeitpunkt der Tat unzurechnungsfähig war oder nicht, dann gibt es einfach sehr, sehr viele Fragen, die in der Bevölkerung aufschlagen und auch die Wortmeldungen der Rechtsverteidigung jetzt in unserem Fall des Amokfahrers, die jetzt da gerade wieder kursieren, ich weiß nicht, ob es ein Gerücht ist oder ob das schon tatsächlich ist, dass die Anwältin darüber nachdenkt, ob jetzt die Fußfessel dann beantragt werden soll etc., führt sicher nicht dazu, dass die Menschen ein größeres Sicherheitsgefühl haben. Und jetzt kommt für mich der wichtige Punkt, wir müssen selber auch, glaube ich, im Parlament und im Ministerium wieder darüber nachdenken, ob die Schutzfunktion auch tatsächlich gegeben ist und der Fall Vasoldsberg, da hat der Thomas jetzt auch was gesagt, wenn ich dann nur höre, wie unglücklich der Bürgermeister ist, dass eigentlich in einer ungeeigneten Einrichtung ein Mann verwahrt wird, der Bürgermeister gar nicht weiß, wie viele dort waren und zusätzlich die Volksschulkinder dorthin zum Essen geschickt hat ins selbe Gebäude, auch das wurde mir zugetragen, dann verstehen die Menschen bald gar nichts mehr, was eigentlich in unserem Staate Österreich los ist. Und jetzt komme ich zum Thema Polizei, ich habe gestern eine Sendung, oder vorgestern, gesehen, wo man gesagt hat, wer hat am besten reagiert und man sagt England hat diese derzeitigen Bedrohungen am besten im Griff, weil sie ihre Polizei viel besser ausgerüstet hat, total verstärkt hat und auch damit in der Chance ist, früher, wenn ich so sagen darf, das eine oder andere abzufangen. Diese Differenzierung ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, noch einmal, das was wir möchten, ist zu sagen, du bekommst einmal für deine Tat ein Strafausmaß, dann kann ich sagen, warst du zurechnungsfähig, bist du krank, dann kann er ja ruhig auch betreut werden in einer entsprechenden Einrichtung, die aus meiner Sicht noch viel stärkere Schutzbedingungen braucht als das, was wir zur Zeit vielleicht auch im Land dort oder da haben und für den Fall, dass jemand attestieren sollte, dass diese

Person wieder gesund ist, sollte er den Rest seiner Zeit für diese Straftat, die er begangen hat, darüber nachdenken können und wenn es lebenslänglich ist, dann soll es auch lebenslänglich aus meiner Sicht bleiben. Auch da verstehen viele in Österreich nicht mehr, warum man nach ein paar Jahren guter Führung auch schon wieder heraußen ist und aus diesem Grund haben wir das jetzt auch so formuliert, dass möglichst Parlament und Ministerien darüber nachdenken sollen. Ob es jemals dazu kommt, ob Juristen in Österreich auch bereit sind, dieses Gesamtsystem zumindest einmal wieder zu hinterfragen, weiß ich nicht aber ich spüre nur, da draußen, und das nehme ich weg von den Emotionen, dass die Menschen sagen, gibt es da überhaupt noch eine Gerechtigkeit, ist es nicht auch ein Affront jenen gegenüber, die Opfer zu beklagen haben, was ja jetzt vielleicht auch mit juristischen Schachzügen alles vorbereitet wird, um sich auch vielleicht einer Strafe zu entziehen? Ich kann es nicht sagen, ich kenne den Täter nicht, ich bin ihm einmal begegnet, aber die Menschen, die mit dabei waren, den Valentin, die unbekannte Frau aus Graz und auch das erste Opfer, das ich zudecken musste, aber auch jetzt bei unserem nachträglich verstorbenen Großvater und Familienvater, der an den Folgen dieser Verletzungen jetzt trotzdem auch verstorben ist, in diesen Familien stellen sich schon, glaube ich, sehr, sehr viele die Frage, wir haben ja die Chance diese Personen zu einem Teil auch am Montag hier im Gemeinderat auch wieder bei uns zu haben, wir wollen sie stärken, wir wollen ihnen ein bisschen Unterstützung geben, aber die stellen sich schon auch die Frage, ob es auf dieser Welt eine Gerechtigkeit gibt, vor allem auch bei uns in unserem Lande und deswegen halte ich die Diskussion durchaus für wichtig und vielleicht ist Emotion auch manchmal notwendig. Die Menschen draußen verstehen momentan sehr oft unser Justizsystem nicht mehr, weil das Ausmaß der Strafen auch zum Teil wirklich zu gering ist (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Michael Grossmann, zu deiner Wortmeldung vorher. Wie war das, man soll nicht zwischen den Zeilen lesen, sondern die Sätze lesen? Ich glaube, es ist unnötig für so eine Sache, das zu tun. Ich habe die Sätze gelesen, es steht in diesem Antrag genau das drinnen, was wir kritisieren, nämlich die Aufhebung, die Überlegung, den bisherigen Maßnahmenvollzug aufzuheben. Steht genauso auch so da drinnen, so ist der derzeitige praktizierte Umgang mit geistig abnormen Rechtsbrechern generell zu hinterfragen. Das entspricht dem, was in der Wortmeldung von Thomas Rajakovics war, das entspricht dem, was der Wortmeldung des Herrn Bürgermeister zu entnehmen ist. Die grundsätzliche Aufknüpfung dieses Prinzips des Maßnahmenvollzugs, dass jemand, der nicht zurechnungsfähig ist, nicht für diese Tat verurteilt werden kann. Die Einweisung in eine psychiatrische Anstalt ist, wenn man schon will, diese Vergeltungsstrafe ist jedenfalls auch Strafe genug. Die Leute, weil es jetzt geheißen hat und das Beispiel Vasoldsberg kommt, natürlich schlimm, wenn einzelne Leute aus so einem Maßnahmenvollzug, weil zu wenig Ressourcen sind, weil zu wenig Polizeimöglichkeiten sind, weil zu wenig Ressourcen für Psychiaterinnen und Psychiater usw. sind, dass da dann solche Unglücke passieren. Das ist schlimm, passiert allerdings auch im Strafvollzug und das ist jetzt nicht das Argument, um das es geht. Ich bleibe jetzt einmal bei den Punkten, die eigentlich vom Motivenbericht und der Diskussion Thema waren. Es ist gegangen um Opferschutz, hast du am Anfang, Peter, mehrmals betont. Da sind wir alle voll und ganz dahinter, deswegen unser Abänderungsantrag, dass genauso auch für den Opferschutz mehr Mittel investiert werden, damit mehr therapeutische Beratung möglich ist. Ich kenne es zum Beispiel aus dem Bereich vom sexuellen Missbrauch, es gibt ganz, ganz wenige Stellen, wo man fast kostenlose Psychotherapie bekommt. Ist für Etliche einfach nicht leistbar, solche Maßnahmen, das ist das, was wir mit Opferschutz ganz, ganz dringend verbinden. Die andere Form, dass der Täter von der Gesellschaft ferngehalten wird, damit das nicht noch einmal passiert, das ist genau das, was der Maßnahmenvollzug auch macht. Die Leute laufen nicht mehr auf der Straße herum und können dort verbrecherische Dinge tun, die sind im Maßnahmenvollzug weggesperrt.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Der Vasoldsberger läuft frei herum.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich habe jetzt gesagt, Sissi, ich habe gesagt, es gibt sowohl in dem einen als auch in dem anderen System leider immer wieder schlimme Pannen, die sind auch dazu zurückzuführen, dass zu wenig Ressourcen da sind. Das gibt es genauso im Strafvollzug, dass immer wieder bei Freigängen usw. das passiert, darum geht es aber nicht, es geht um die Frage des Opferschutzes und unser Abänderungsantrag ist daher, und ich danke daher für die Unterstützung, die mir von der KPÖ signalisiert wurde, der Gemeinderat tritt am Petitionsweg an den Bundesminister für Justiz heran und ersucht erstens um eine geeignete und verstärkte Qualitätskontrolle von Sachverständigengutachten im Strafverfahren und im Maßnahmenvollzug sowie zweitens, und das ist jetzt diese Opferschutzsache, um einen Ausbau der Unterstützungsmaßnahmen für Opfer von Straftaten, insbesondere hinsichtlich der Sicherstellung einer längerfristigen begleitenden therapeutischen Betreuung. Das ist das, was wir unter Opferschutz verstehen und ich danke denen, die diesen Abänderungsantrag unterstützen und damit dazu beitragen, dass eine der Grundlagen unseres Rechtssystems, der Maßnahmenvollzug, nicht umgestürzt wird. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Moser**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich glaube, wir haben uns jetzt in Summe zu lange mit dem Täter befasst und das ist wie sehr oft, in den Medien kommt dann rüber, was passiert mit dem Täter, aber nicht

oder zu wenig mit den Opfern und das sollten wir einmal wesentlich verstärken. Für mich ist eines, und das ist, dass unser Rechtssystem in dem Bereich und die Entscheidung darüber, dass ein Täter so sehr unfassbare Taten begangen hat und solche Opfer verursacht hat und so viel Leid verursacht hat, nicht verurteilt wird, das geht an der Bevölkerung vorbei. Das gesunde Volksbewusstsein verlangt etwas anderes und das hören wir von den Bürgern. Da ist eine Unzufriedenheit, wenn jetzt Gutachter entscheiden und das Volksbewusstsein, das in die Gerichte getragen wird, der Volksentscheid, die Geschworenengerichte werden durch Gutachten von ihrer Tätigkeit ausgeschlossen. Die Tat wird nie ganz aufgeklärt, in welchem Umfeld war der Täter, Herr Bürgermeister, Sie haben es selbst gesagt, ich bin da ganz bei Ihnen, war es religiöser Fanatismus, wo waren die Gründe usw. und das ist schade, das wird nie öffentlich werden und da ist auch das Empfinden eines Polizeibeamten unfassbar. In diesem Sinne bin ich ganz beim Kollegen Rajakovics, aber auch beim Herrn Bürgermeister, da muss einiges passieren. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte noch einmal kurz, es ist ja nicht so, dass hier von einer Gesetzeslage die Rede ist, die irgendwer einmal so schnell aus dem Ärmel geschüttelt hat. Da haben sich ja sehr viele Leute, und so wie ein Rechtssystem aufgebaut ist in Österreich, das ja, wie wir gesagt haben, auch eine der zivilisatorischen Leistungen dieser Gesellschaft ist, dass wir dort stehen, wo wir sind, das immer verbesserbar ist, klar. Da gibt es ja viele Überlegungen dahinter und das ist jetzt nichts, was man irgendwie so ohne eine Expertise und einer intensiven Diskussion von unterschiedlichsten Menschen so praktiziert wird. Jetzt bin ich natürlich durch das gesunde Volksempfinden schon ein bisschen aufgeschreckt, weil, was heißt das? Wenn wir diese Türe weiter aufstoßen, das heißt, dass wir, wenn wir über das gesunde Volksempfinden weiterreden und dann Justiz über das läuft, was heißt das für solche abscheulichen Täter, er ist ein abscheulicher Täter. Was heißt das in der Folge für eine

abscheuliche Justizdiskussion, die wir dann haben, weil dann reden wir irgendwann womöglich doch auch über eine Todesstrafe, über andere Sanktionen, wir hatten heute schon Aufrufe zur Lynchjustiz, die wir auch schon diskutiert haben, das heißt, ein gesundes Volksempfinden hat hoffentlich immer dort die Grenze, wo die Politik die Verantwortung hat, für das Gemeinwohl zu sorgen und dort ist die Politik verantwortlich auf Grundlage guter Grundlagen und guter Expertisen, Entscheidungen für ein Rechtssystem zu treffen und da wünsche ich mir schon, dass man sich da nicht herbeiwünscht, dass dann das gesunde Volksempfinden Urteile fällt, das wünsche ich mir nicht (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe eine ganz, ganz wichtige Bitte. Gerade, weil wir jetzt in einer auch sehr heiklen Zeit sind. Es gibt das Empfinden, dass wir zu oft, und das hat der Herr Gemeinderat Moser jetzt auch gerade gesagt, immer wieder über, fast schon über den Täterschutz und zu wenig über den Opferschutz sprechen und wenn man das, was Dr. Peter Piffl-Percevic jetzt vorgeschlagen hat, genau liest und zwar nur den Antragstext, dann ist alles möglich, auch das, was in eurem Abänderungsantrag der Grünen jetzt mithineinverpackt wurde, weil es heißt, der Gemeinderat tritt am Petitionswege an den zuständigen Bundesminister für Justiz Dr. Wolfgang Brandstätter heran, um eine Änderung des österreichischen Strafrechtes zu prüfen, die verstärkt dem Schutz auch möglich künftiger Opfer Rechnung trägt und ausschließt, dass gefährliche, geistig abnorme Schwerverbrecher wieder vorzeitig auf freien Fuß kommen. Wenn er diesen Auftrag ernst nehmen wird, so hoffe ich, dann wird Repression, Prävention, Schutz der Opfer, verstärkter Einsatz von Ressourcen vielleicht auch die Antwort eines Ministers sein, aber vielleicht auch die Debatte drüber, ob das wirklich in Österreich auch reicht, dass wir ein bis drei Gutachten jedes Mal in Auftrag geben und immer mehr Juristen, die in der Verteidigung sind, auch versuchen, und das ist ganz normal, wenn ich so sagen darf, im Bereich der Justiz auch da versuchen, wieder zu schauen, welchen Weg

kann man wählen, das ist ja auch die Aufgabe eines Verteidigers, um ein möglichst geringes Strafmaß auch zu erzielen. Und mehr oder weniger steht nicht drinnen, dass wir einen Vorschlag haben und dass jeder von uns da auch in den Fraktionen vielleicht leicht unterschiedlich denkt, ist da offen geblieben. Wir ersuchen ja auch die höchste Stelle der Justiz, nämlich unser Ministerium, drüber nachzudenken und mehr oder weniger ist es nicht. Da kann das alles mitvorkommen, schade ist auch, weil dieser Abänderungsantrag, wenn ich so sagen darf, kann ja nur ersetzen, deswegen wird er wahrscheinlich dann auch keine Mehrheit kriegen, so wie sich jetzt alle zu Wort gemeldet haben, aber das ist eh inkludiert.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es den jetzt schon als Zusatzantrag?

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Herr Bürgermeister, hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Ich war gestern am Abend bei der Maturafeier des Pestalozzi-Gymnasiums. Die Dankesrede hat eine junge Afghanin gehalten, die erfolgreich maturiert hat. Ihre Eltern sind vor einem Jahr in der Grazbachgasse von dem Amokfahrer niedergestochen und schwerst verletzt worden. Ihre Mutter traut sich noch immer nicht aus dem Haus. Höchste Bewunderung für diese junge Frau, die trotzdem jetzt ihren positiven Schulabschluss gemacht hat und an diesen Rechtsstaat in Österreich glaubt. Wir haben davon gesprochen, dass der Täter entsprechende Strafe bekommen soll, aber auch eine Tat zu sühnen ist und wenn es um Schwerstverbrechen gegen Leib und Leben

geht, dann muss es auch die entsprechende Strafe geben. In Amerika gibt es dann eben dreimal lebenslänglich und selbst bei guter Führung bleibt immer noch lebenslänglich übrig. Ich erinnere an einen Fall, der lang zurückliegt. In Graz gab es den Fleischermeister Hold, der einige Briefträger bestialisch ermordet, zerstückelt und eingefroren hat, dann war er Tischtennismeister in der Karlau, der lebt jetzt in Salzburg, der hat seine Strafe verbüßt, wegen guter Führung vorzeitig entlassen, geht er jetzt in Salzburg spazieren. Ich möchte ihm nicht begegnen. Eine junge Frau, eine Grazerin, ist vor Weihnachten am Schloßberg von einem Gewalttäter bewusstlos geschlagen und, wären nicht andere eingeschritten, zu Tode geprügelt worden, sie war lange im Spital, sie ist bis heute schwerst traumatisiert, sie ist ihrem Peiniger vor kurzem am Jakominiplatz begegnet, weil der auf freiem Fuß angezeigt ist. Da ist, glaube ich, höchste Zeit, dass schwere Gewalttaten so bestraft werden, dass die Bevölkerung das Gefühl hat, der Rechtsstaat schützt mich und wenn Schwerstverbrechen passiert sind und bestialisch gemordet wurde, ob unter Alkoholeinfluss, Drogeneinfluss, wegen Wut im Bauch, Rausch oder sonstigen Gründen, dann ist diese Person für den Rest des Lebens nicht mehr in Freiheit zu entlassen, es geht um den Schutz der Bevölkerung, wir haben die Verantwortung und noch ein kurzes Wort zum Opferschutz. Ich muss es anbringen, ich möchte wirklich zustimmen allen, die sagen, wir brauchen mehr Geld für Psychotherapie, für Opfer, Opfer von sexueller Gewalt, wieder einmal ein Plädoyer für das Grazer Kinderschutzzentrum, eine Botschaft auch an Land und Bund, dort wird so viel für die Opfer getan, da müssen wir noch stärker werden (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Bis jetzt gibt es meinen Antrag und einen eingebrachten Abänderungsantrag der Grünen, dem wir, und ich nehme an, auch die Mehrheit, nicht zustimmen werden. Es gibt aber offensichtlichen Konsens, wenn unser Antrag in der Urfassung durchgeht, dass alle oder viele einem Zusatzantrag zustimmen, der genau, aber nicht als Abänderungsantrag, sondern fast

wortgleich als Zusatzantrag ist, damit ist der ursprüngliche Antrag beschlossen mit diesem Zusatz. Und ich darf ihn daher verlesen, in meinem Schlusswort, damit ist er ja auch eingebracht, der Abänderungsantrag von der Daniela ist ja schon eingebracht. Also das ist dann auch ein gemeinsamer Zusatzantrag von der Daniela und von mir: Besonders wird der Bundesminister für Justiz um Veranlassung einer geeigneten Qualitätskontrolle von Sachverständigengutachten im Strafverfahren und im Maßnahmenvollzug sowie um einen Ausbau der Unterstützungsmaßnahmen für Opfer von Straftaten, insbesondere hinsichtlich der Sicherstellung einer längerfristigen begleitenden therapeutischen Betreuung, ersucht.

Ich ersuche meinem Antrag und dem gemeinsamen Zusatzantrag zuzustimmen. Danke
(Applaus ÖVP).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und FPÖ) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die nächsten dringlichen Anträge würde ich gemeinsam abhandeln wollen. Einmal der dringliche Antrag von der ÖVP, eingebracht von Daniela Gmeinbauer als Klubobfrau und dazu den dringlichen Antrag der Grünen, eingebracht durch Herrn Klubobmann Dr. Gerhard Wohlfahrt. Seiner ist

„Wahlkampfkostenbeschränkung und Transparenz bei den Klubförderungen“, Daniela Gmeinbauer „Sieben Punkte für Transparenz und Fairness bei Wahlkämpfen“.

2) Sieben Punkte für Transparenz und Fairness bei Wahlkämpfen

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Besucher am Balkon! Wir erleben zurzeit ein massives Auseinanderdriften der Gesellschaft. Die Tonalität in Internetforen ist immer öfter jenseits der Grenze, die unter Meinungsfreiheit verstanden wird, denn diese geht von grundsätzlichen Werten wie Respekt und Wertschätzung des Mitmenschen aus.

Auch seitens der Politik nivelliert sich die Kommunikationskultur leider nach unten. Der politische Diskurs bleibt häufig auf einer Schwarz-/Weiß-Ebene und jene, die diesen Diskurs transportieren, passen sich dieser Kommunikationsform an.

Daher sind auch die Wahlkämpfe zunehmend zu Materialschlachten statt zu Inhaltsschlachten geworden. In Wahlkampfzeiten potenzieren sich diese Faktoren noch und das Bild, das den Bürgerinnen und Bürgern geboten wird, ist dann oftmals keine gute Werbung für die Demokratie.

Daher schlägt die Grazer Volkspartei vor, dass wir uns als Grazer Parteien zu einem Transparenz- und Fairnessabkommen bekennen und dieses zeitgerecht für den Gemeinderatswahlkampf beschließen.

Dieses Abkommen soll aus unserer Sicht folgende sieben Punkte enthalten:

Wie schon zu zwei Wahlkämpfen ein Fairnessabkommen, das vom Menschenrechtsbeirat überprüft wird. Bei der nächsten Wahl wird ein Limit für die Wahlkampfkosten im Rahmen einer Parteienvereinbarung festgelegt und im Gemeinderat beschlossen. Alle Spenden an die Parteien werden offengelegt sowie alle Agenturverträge der Parteien werden offengelegt. Die Kosten der Werbeeinschaltungen der Parteien in den diversen Medien werden offengelegt. Die Menge der Plakatflächen und Dreieckständer wird im Rahmen einer Parteienvereinbarung beschränkt, zusätzliche 18 beziehungsweise 24 Bogen Plakatflächen, die unter anderem auch unser Stadtbild verschandeln, werden nicht mehr genehmigt und die Überprüfung der Einhaltung der Parteienvereinbarung zur Wahl soll durch den Grazer Stadtrechnungshof erfolgen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat beauftragt die Klubobleute der im Gemeinderat vertretenen Parteien im Rahmen der Klubobleutekonferenz unter Einbeziehung der Magistratsdirektion, eine Parteienvereinbarung zu Transparenz und Fairness auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung in der Oktobersitzung vorzulegen. Ich bitte um breite Zustimmung. Dankeschön.

3) Wahlkampfkostenbeschränkung und Transparenz bei Klubförderung

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt namens der Grünen und der Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Lieber Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Wahlkampfkostenbeschränkung bisschen stärker oder bisschen deutlicher vielleicht. Auf Bundesebene wurde 2012 eine Beschränkung der Wahlkampfkosten gesetzlich festgelegt, auf Landes- und Gemeindeebene fehlt uns die noch. Wir haben hier im Gemeinderat, also wir Grünen haben hier im Gemeinderat mehrfach eine solche Wahlkampfkostenbeschränkung sowie mehr Transparenz gefordert und beantragt, diese Anträge wurden aber leider regelmäßig von ÖVP, SPÖ und FPÖ gemeinsam abgelehnt. Ich hoffe, und das ist vielleicht der etwas traurige Anlass, dass auch im Lichte der jüngsten Ereignisse nun endlich ein Umdenken einsetzt, ich erkenne das ansatzweise, und alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen einsehen, wie notwendig transparente Regelungen und ein sorgsamer Umgang mit öffentlichen Mitteln sind. Eine Beschränkung der Wahlkampfkosten macht aus vielerlei Überlegungen Sinn. Unter anderem auch deshalb, weil die GrazerInnen nicht mehr mit Plakaten und Postwurfsendungen überhäuft werden wollen, wir haben es gerade gehört. Es ist aber auch offensichtlich, dass die exorbitant hohen Wahlkampfkosten mancher Parteien nicht nur aus der öffentlichen Parteienförderung bedient wurden, sondern dass offensichtlich andere Quellen der Finanzierung herangezogen wurden. Für uns Grüne ist aber auch klar, dass es mehr braucht als eine freiwillige Parteienübereinkunft, wie von Bürgermeister Nagl und jetzt im dringlichen Antrag vorgeschlagen, um diese Praxis abzustellen. Was wir heute beantragen, ist eine Richtlinie oder vielleicht genau genommen sogar eher eine Verordnung der Stadt, die eine klare Wahlkampfbeschränkung vorsieht sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung. Warum brauchen wir eine Verordnung? Was tun wir bei Parteienübereinkommen, wenn manche Parteien nicht beitreten? Wir hatten das bei den letzten Parteienübereinkommen, da sind nicht alle Parteien dabei gewesen, das macht es natürlich schwierig und es geht auch um Sanktionen. Es ist ein etwas zahnloses Instrument, wenn man sagt, wir machen ein Parteienübereinkommen, wir kommen nachher drauf, es hat sich keiner daran gehalten und das war es, mir fehlen hier

Sanktionen, wir sehen schon Sanktionen vor. Handlungsbedarf besteht nämlich auch bei der Klubförderung, die rund die Hälfte der städtischen Subventionsmittel für politische Arbeit ausmacht. Während die Parteienförderungen den Bestimmungen des Parteiengesetzes 2012 unterliegen und vom Bundesrechnungshof überprüft werden, gibt es für die Verwendung der Klubfördermittel, ist eine allgemeine Regelung, Sie kennen das die zwei kurzen Sätze, die vorgesehenen Mittel zur Finanzierung dienen der Klubarbeit beziehungsweise der Arbeit der politischen Mandatäre und der Öffentlichkeitsarbeit. Und zwei Wirtschaftsprüfer, wir kennen alle die Prüfungen inzwischen bestätigen das. Wir glauben, dass hier schon genauer hinzuschauen ist, dass genauer zu kontrollieren ist und hier für die Klubförderung, die nicht vom Bundesrechnungshof angeschaut wird, auch der Stadtrechnungshof hinschauen könnte, ähnlich wie es hier vorgesehen ist, aber wir brauchen natürlich auch, wenn Sachen nicht eingehalten werden, Sanktionsmöglichkeit im Sinne einer Reduktion der Klubförderung.

Deshalb stelle ich namens der ALG und der Piratenpartei, die mitgegangen ist, danke dafür, einen

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen: Der Gemeinderat bekennt sich grundsätzlich zu einer Beschränkung der Wahlkampfkosten für Gemeinderatswahlen. Die Präsidialabteilung wird beauftragt, bis September 2016 unter Einbeziehung des Stadtrechnungshofes und der Klubobleute eine Richtlinie für eine Wahlkampfkostenbeschränkung auf Basis des Bundesgesetzes über die Finanzierung politischer Parteien, Parteiengesetz 2012, für Graz zu erarbeiten.

Es gibt ja schon Gesetzesvorlagen, wir müssen sie ja nur adaptieren. Neben der Beschränkung der Wahlkampfkosten soll in dieser Richtlinie auch eine Verpflichtung der Parteien formuliert werden, alle relevanten Kosten im Zusammenhang mit

Wahlkämpfen, zum Beispiel Agenturverträge, Werbeeinschaltungen, Kosten für Plakatflächen etc. offenzulegen. Hier in diesem Punkt ist der ÖVP-Antrag vorbildhaft, generell fehlt einiges. Die Präsidialabteilung wird weiters beauftragt, eine Änderung der Grazer Klubförderung dringend vorzubereiten, dass eine Überschreitung der festzulegenden Wahlkampfkostenhöhe zu einer Reduktion der öffentlichen Subvention führt. Ohne Sanktionen, glaube ich, ist ein Parteienübereinkommen nicht sehr viel wert, wir brauchen hier eindeutig, so wie im Bund vorgesehen, auch eine Reduktion öffentlicher Mitteln, wenn Richtlinien nicht eingehalten werden. Viertens: Der Grazer Gemeinderat beauftragt weiters die Präsidialabteilung unter Einbeziehung des Stadtrechnungshofes, eine Novellierung der Subventionsbestimmungen für den Bereich „Förderung der politischen Arbeit“ im Sinne des obigen Motivenberichts zu erarbeiten und dem Gemeinderat darüber bis September 2016 Bericht zu erstatten. Mit anderen Worten, es geht um die Klubförderung. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Hötzl** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Hintergründe für diese zwei Anträge liegen für uns auf der Hand, die ÖVP will hier die Flucht nach vorne angehen, um auf dem vom Herrn Dr. Wohlfahrt schon angesprochene Problem oder schwebende Verfahren Schönegger sozusagen zuvorzukommen oder aufzuklären. Ok, das ist auch ein Zugang, die Grünen haben, denke ich, wohl jenen Zugang wie so oft, dass sie da irgendwo die Nase bei anderen oder bei politischen Mitbewerbern hineinstecken oder eine andere Nase hineinstecken lassen, wie Sie es wollen, Herr Dr. Wohlfahrt. Und genau hier setzen wir an, dass wir dem nicht zustimmen können. Uns geht es nämlich darum, dass wir unsere Vertragspartner schützen müssen. Was war in der Vergangenheit so und es ist permanent so, dass unsere Vertragspartner einem psychischen und physischen Druck ausgesetzt werden. Die Vorfeldorganisationen von sozialistische Jugend, kommunistische Jugend schreibt Briefe an unsere

Vertragspartner, wo man zum Boykott aufruft, es passiert auch, dass nicht nur die wirtschaftlichen Boykott-Aufrufe hier sind, sondern dass auch die Geschäftslokale beschädigt oder blockiert werden. Also uns geht es wirklich um den Schutz unserer Vertragspartner. Ich möchte dazusagen, dass wir von zwei unabhängigen Wirtschaftsprüfern geprüft werden, wir bekommen alljährlich Unbedenklichkeitsbescheinigungen, zusätzlich haben wir einen Steuerberater an der Hand, der uns über jeden einzelnen Schritt oder über jede einzelne Transaktion auch aufklärt, damit eben nichts Falsches passiert. Also das ist in unserem eigenen Interesse. Gerne lassen wir uns auch noch von dritten Wirtschaftsprüfern, von unabhängigen, prüfen, aber auch diese würde zu keinem anderen Ergebnis kommen. Was hier der Hintergrund ist oder die Zielrichtung ist, dass der politische Mitbewerber einfach hineinschauen will bei uns, nämlich die Grünen. Wir wollen nicht, dass Sie, Herr Dr. Wohlfahrt, dass Sie bei uns hineinschauen, das wollen wir nicht. Sie sind kein Wirtschaftsprüfer, Sie sind maximal ein Wirtschaftsprofessor auf der Uni in Graz, sicher nicht ein für uns anerkannter Wirtschaftsprüfer oder Experte, der hier bei uns, und bei Ihnen geht es wirklich aus politischer Motivation heraus, schnüffeln will, ich sage es, wie wir uns das denken. Auch wenn der Menschenrechtsbeirat, der ja auch im Antragstext vorkommt, diese roten Ampeln haben rechtlich schon einmal nicht gehalten und wir sind hier wirklich entspannt, dass wir hier keine Probleme haben. Insofern, weil wir einfach die Probleme ansprechen und Probleme sind halt einmal leider unangenehm und wir sprechen die Probleme an, wo sie sind und wie sie genannt werden müssen, nämlich beim Namen und wir reden nicht um den heißen Brei herum. Wir können aus vorgenannten Gründen beiden dringlichen Anträgen weder Dringlichkeit noch inhaltlich zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Kolleginnen und Kollegen! Eine wiederkehrende Thematik jetzt natürlich anlassbezogen. Ich möchte aber nur eines vorweggeben, eine

Parteienvereinbarung ist nur dann gut, wenn auch alle sich dafür bereit erklären, hier mitzumachen. Ansonsten werden wir wie in der Vergangenheit, wir haben ja schon in der Klubobleutekonferenz sehr, sehr oft darüber diskutiert, wenn sich Fraktionen nicht daran beteiligen, dann werden sie das auch nicht einhalten, wenn sie eine Vereinbarung nicht unterschreiben. Was die Klubförderung betrifft, wir haben aufgrund dieser Diskussion schon einmal das so geändert, dass die Klubförderung jetzt kontrolliert wird, wir haben zwei Wirtschaftsprüfer, wir haben eine Wirtschaftsprüferkanzlei, wir haben einen Buchhalter, der Jahresabschluss wird genau geprüft und die Wirtschaftsprüfer waren bei uns im Klub, haben das wirklich auf jede Zeile hin geprüft, haben nachgefragt. Ich denke mir, das ist auch gut so. Für unsere Fraktion, wir haben nichts zu verbergen, wir können mit beiden Anträgen leben, wir können beiden Anträgen zustimmen, aber es ist die Frage, ob dann das wirklich so herauskommt, wie man sich das vorstellt. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wahlkampfkostenbeschränkung, Transparenz und Fairness sind Punkte, denen wir mit Sicherheit zustimmen können. Was wir allerdings nicht wollen ist, dass man heute bei einer Gemeinderatssitzung, wie es halt bei uns in diesem Hause so üblich ist, Schnellschüsse machen, wo man am Tag davor dann irgendwelche Dinge auf den Tisch bekommt, wo man nicht gescheit dann die Zeit hat zu recherchieren und dann am Ende des Tages vielleicht noch die Arbeit rein zu den Beamtinnen und Beamten hinschiebt, die dann uns wieder irgendwas vorschlagen sollen und selber nicht genau wissen, was wir eigentlich wollen. Deshalb werden wir hier in diesem Fall, nachdem wir, wie gesagt, die Punkte ja prinzipiell gut heißen, dem Antrag der ÖVP folgen, auch im Bewusstsein, dass beide Anträge, auch der Antrag der ÖVP, momentan lediglich eine Auflistung von Schlagwörtern sind. Wir werden sicher noch einige Diskussionsrunden brauchen, wo wir uns selber damit beschäftigen müssen und wo die Expertinnen und Experten als

Berater dabei sind, aber nicht als jene, die uns ein fertiges Papier vorlegen sollen. Wie gesagt, wir wollen keine anlassbezogenen Schnellschüsse, weil solche Schnellschüsse selten weiterhelfen, eher verursachen sie mehr Probleme, als sie Lösungen bringen. Eines ist uns auch aufgefallen bei den sieben Punkten, die die ÖVP vorgeschlagen hat: Den eigentlichen Vorwurf, dem wir in Zukunft begegnen, dass finanziell nicht statthafte Transaktionen irgendwo nicht mehr möglich sind und die im konkreten Anlassfall ja noch von den Gerichten endgültig geklärt werden müssen, würden wir auch mit so einem Antrag, also mit solchen Punkten, nicht hintanhaltend können. Wenn man das Beispiel der Agenturverträge hernimmt, wo eine Offenlegung gefordert ist, ist uns das bei weitem zu wenig, weil es geht ja nicht darum, und das wird keine glauben, dass im Agenturvertrag festgeschrieben wird und nebenbei muss noch irgendwo ein Geld her holen. Also das wird sicher in keinem Vertrag stehen, uns wird es wichtig sein, da auch bei Agenturverträgen beispielsweise einen größeren Zeitraum zu nehmen, wo wir schauen, welche Verträge hat eine Agentur, die Wahlkämpfe begleitet, auch mit Unternehmen der Stadt Graz. Wobei wir nicht ausschließen wollen, dass die Verträge mit uns haben, aber der Rechnungshof soll draufschauen, ob bei diesen Verträgen auch eine entsprechende Gegenleistung da ist und dann sind solche Verträge natürlich auch möglich auch in Zukunft. Was ich konkret mit diesem Beispiel sagen will am Beispiel der Agenturen, Spielregeln und Transparenz wären wichtig, aber das, was jetzt vorliegt, wenn man mit dem Hausbau vergleicht, ist maximal ein Bauplan und das Haus, das müssen wir eben in Zukunft in diesem Ausschuss, wenn möglich, bis Oktober noch richtig fertigbauen. Es gibt viele Details zu klären, was verstehen wir unter Wahlkampfkosten, wie ist der Zeitraum usw., aber ich glaube, das wird eher der Punkt sein, wo wir uns schneller einigen könnten. Aber im Detail dann, wenn es um Austausch von Datenmaterial geht, welches Zahlenmaterial wird zur Verfügung gestellt, inwieweit wollen wir bei Konsequenzen Sanktionen setzen, welche Sanktionen wollen wir setzen, also es sind viele Punkte, die offen sind und die man nicht einfach mit einem Schnellschuss in einem dringlichen Antrag so einfach abhandeln kann. Ich betone das deshalb, ich glaube mit allem Nachdruck, weil uns bewusst sein muss, dass die Arbeit

noch vor uns liegt, dass wir heute einmal eine Grundsatzdiskussion da geführt haben, aber dass wir, wie gesagt, uns nicht davor, ich sage es volkstümlich, schrauben können, diese Arbeit selbst zu erledigen und in dem Sinne hoffe ich, dass wir nicht nur am heutigen Tag drüber reden, sondern dass wir, auch wenn jetzt die aktuellen Anlässe, die irgendwo zu dieser Diskussion geführt haben, wenn die dann wieder vom Tisch sind, dass wir mit Nachdruck dann arbeiten und dass alle Fraktionen, wenn wir in Richtung Wahlkampfkosten und Fairness gehen, auch an einem Strang ziehen. Weil ich glaube, sonst werden wir wieder vor der Problematik stehen, wie es eh schon da angedeutet wurde, dass viele gute Ideen am Tisch sind, aber wenn sich keiner daran halten will, wird es am Ende des Tages nichts helfen. Deshalb stelle ich mich gerne der Arbeit, auch wenn es den Sommer über ist, die Zuversicht, dass wir, sage ich einmal, zu dem gewünschten Ergebnis kommen, die hält sich, sage ich, momentan noch die Waage (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit des Antrages der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.

Der Antrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) angenommen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag der Grünen wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Die Abstimmung ist die Abstimmung, das passt schon. Nur nachdem hier gesagt wurde, dass da mehr mitgehen, habe ich das Schlusswort nicht in Anspruch genommen zur Dringlichkeit und ich will schon noch kurz dazu was sagen. Insbesondere zur FPÖ muss ich schon noch was anmerken. Das eine ist, nicht ich will da reinschauen, sondern der Rechnungshof soll reinschauen und offensichtlich hat die FPÖ hier einige Probleme, Dinge herzuzeigen, das ist schon interessant, wenn die Auftragnehmer unter Druck stehen, was macht ihr mit denen, dass die unter Druck stehen? Was passiert denn da usw.? Und zum Schnüffeln kann ich nur eines sagen, liebe Leute, ich will da sicher nicht schnüffeln, mit dem, was ich da gehört habe, da stinkt es so heraus aus dieser Parteikasse, da brauchen wir nicht schnüffeln, das sieht man und ich hoffe, dass da irgendwann einmal ernsthaft nachschaut. Wenn man den Rechnungshof fürchtet, dann wissen wir, was hier los ist.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Landesrechnungshof darf reinschauen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.

4) Verkehrslösung am Lendplatz

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Damen und Herren! In meinem Dringlichen geht es um die momentane Problematik zur Marktzeit am Lendplatz. Die Probleme haben die Marktbesicker, wie das im Fachwort heißt, und um die Verkehrslösung in dem Zusammenhang. Es gibt zwei Artikel, einen von der Kleinen Zeitung und einen von der Kronen Zeitung, die am Mittwoch, dem 8. Juni, also vor einer Woche, erschienen sind und in beiden Blättern wird berichtet über diese verkleinerte Fußgängerzone, die jetzt dort gegeben ist, über die Kurzparkzone am nordwestlichen Areal, das ist das Gebiet, um das es in der Hauptsache geht, weil sich dort die größten Probleme abspielen über die daraus resultierenden und neuerdings sehr strengen Kontrollen mit ihren Folgen, also mit den ausgestellten Strafmandanten an die Marktbesicker und Marktbesickerinnen und über die große Aufregung bei eben den Damen und Herren.

Wichtig ist die Feststellung, dass seit jeher eine zufriedenstellende Verkehrsplanung und Umsetzung zum Zweck des reibungslosen An- und Abtransports der Marktwaren nicht erfolgt ist.

Während nun das städtische Parkgebührenreferat von „zur Tradition gewordenen Vergehen“ bezüglich der Nichteinhaltung der Straßenverkehrsordnung seitens der MarktbesickerInnen spricht, so sehen sich die Standler und Standlerinnen des Lendplatzes gewissermaßen schikaniert und sogar in ihrer Existenz bedroht.

Zur Hektik beim Verladen der Waren kommt nun der Stress hinsichtlich der ungemütlichen Auseinandersetzungen mit den Organen der Parkraumaufsicht, die natürlich ihrerseits für die Problematik auch nichts können, das muss man wohl dazusagen. Die Wagen der Marktschicker werden fotografiert und die Einrichtung von sogenannten „Bollern“ sozusagen in Aussicht gestellt. Das heißt, dann kann man garantiert nicht mehr zufahren, das wäre dann völlig verunmöglicht und es gibt auch Hinweise, dass wenn anstelle der Einsicht nur Proteste weiterhin vorgebracht werden,

das Gelände womöglich vom Markt- zum Parkplatz werden könnte, was der Stadt mehr Gebühren einbrächte.

Die Marktbesicker erklären uns, dass sie seit vielen Jahren untereinander einen fixen zeitlichen Plan haben, also einer fixen Einteilung folgend verladen, um schon einmal sich selber nicht gegenseitig zu behindern. Sie wollen natürlich auch keine Passanten behindern, keine Fußgeher mit Kinderwägen oder Rollstuhlfahrer, das ist ja völlig klar. Dass die Lasten viel zu schwer sind, um diese über weitere Strecken zu schultern, liegt auf der Hand. Sie müssen natürlich auch, also die Damen und Herren Standler oder Standlerinnen, müssen natürlich auch die Stück für Stück abgestellten Waren im Auge behalten können.

Die Marktleute, die zum Teil seit 50 Jahren anfahren, wollen keinesfalls um drei Uhr in der Früh ihr Tagwerk beginnen, um in Graz dafür abgestraft zu werden, dass sie Tag für Tag die Bevölkerung mit ihren regionalen Produkten versorgen.

Für uns, die wir mit den geschätzten Waren versorgt werden, ist der Markt am Grazer Lendplatz eine Institution. Für unsere Standler und Standlerinnen bedeutet der Lendplatz deren Existenz und wir sind der Meinung, dass also sowohl für diejenigen, die dort konsumieren, also als auch für die, die dort verkaufen und überhaupt für alle Beteiligten der Weg am Lendplatz geebnet sein muss.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, dafür zu sorgen, dass das An- und Abtransportieren der Marktwaren am Grazer Lendplatz ordnungsgemäß vonstattengehen kann.

Bis zur zufriedenstellenden – den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden – Lösung möge jegliche „Aktion scharf“ bezüglich Abstrafung der MarktbesickerInnen hinsichtlich des An- und Abtransportes der Waren unterbleiben, damit der Fortbestand

der Betriebsamkeit und das Marktleben nicht gefährdet sind.

Ich bitte um Annahme, danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Besucher auf der Zuschauertribüne, Frau Gemeinderätin Heinrichs! Wissen Sie, wenn man solche Anträge stellt, wenn man solche Behauptungen aufstellt und sich dann noch auf sehr subjektive Aussagen von Betroffenen bezieht oder noch auf Zeitungsnachrichten, ohne aber sich die Mühe gemacht zu haben, mit den einzelnen Ämtern zu sprechen, denen aber gleichzeitig unterstellt, dass sie nicht rechtens tätig sind, dann muss ich Ihnen sagen, geht das etwas zu weit. Mich dürfen Sie ruhig anschießen, ich bin Politiker, das ist auch gut so und das ist richtig in diesem Haus. Aber wenn Sie hier behaupten, dass die Beamten oder Vertragsbediensteten oder zuständigen Stellen hier nicht tätig waren, keine Lösungen getätigt haben oder auch nicht rechtens gehandelt haben, dann ist es ein Skandal, o ja, das steht drinnen. Zur Historie, meine Damen und Herren, Sie kennen die Situation am Lendplatz, wir haben es in den letzten Monaten immer wieder diskutiert, wir hatten eine nicht rechtskonforme Lösung auf diesem Platz. Dann kam der Antrag, dass das Ganze zur Fußgängerzone erklärt wird, dann gab es die Lösung, weil, ich betone, weil die Gewerbetreibenden darum ersucht haben, dass Parkplätze vorhanden sein müssen, damit dort die Geschäfte dementsprechende Kundenfrequenz aufweisen und aufgrund dessen haben wir dort eine Verordnung, dass am Nachmittag ab 15.00 Uhr blaue Zone herrscht, das heißt, dass man dort sein Auto abstellen kann, dafür zahlt. Und davor gilt es, die Überprüfung der Straßenverkehrsordnung einzuhalten, die Straßenverkehrsordnung ist keine Verordnung, die wir uns aus den Fingern saugen oder wie wir sagen können, na prüfen wir halt nicht, das ist halt nicht so wichtig, weil da behindern wir irgendjemanden, der es sich vielleicht zur Tugend gemacht hat, nicht rechtskonform das Auto abzustellen.

Und jetzt noch ein paar Dinge dazu. Am 17. Dezember 2015 erfolgte die Kundmachung bezüglich Fußgängerzone und Kurzparkzone. Daraufhin wurde vier Wochen lang nicht gestraft, sondern jeder, der das Fahrzeug ungerechtfertigt abgestellt hatte, bekam eine Aufforderung, dies hinkünftig zu unterlassen. Meine Damen und Herren, vier Wochen lang machen wir das sonst nirgends. Vier Wochen lang haben wir wirklich mit Samthandschuhen gesagt, meine Damen und Herren, auch wenn Sie das bis jetzt vielleicht so getan haben, das geht in Zukunft nicht mehr. Wir haben die StVO zu überprüfen. Daraufhin wurden die Aufsichtsorgane hingeschickt, um abzustrafen. Die wurden beschimpft, die wurden bedroht und aufgrund dessen gehen diese Damen und Herren, wie auch immer, in welcher Konstellation nur mehr zu zweit. Also das ist ja ein Zustand, das haben wir sonst nirgends in Graz. Und ich kann Ihnen eine Fotodokumentation übergeben, wo sich die Marktbesicker in Halte- und Parkverbote gestellt haben, wo sie sich auf die Gehsteige gestellt haben, wo auf einmal die Kinder, die dort gehen, Frauen mit KinderwagenIn auf die Straße hinunter müssen, weil auf den Gehsteigen die Autos stehen und wenn Sie hier sagen, hier soll nicht rechtskonform gehandelt worden sein, dann unterstelle ich Ihnen, dass Sie einen Aufruf zum Amtsmissbrauch tätigen, weil das wäre es nämlich. Diese Damen und Herren des Parkraumservices handeln nach gestrenger Rechtsnorm und das gilt es festzuhalten. Und dass es Probleme gibt, wissen wir, weil eben über Jahre, Jahrzehnte hier etwas Einzug gehalten hat, was nicht korrekt ist. Und jetzt müssen wir prüfen, und daraufhin haben alle Ämter sich zusammengesetzt, nicht erst nach diesen Artikeln, sondern davor und haben gesucht, wo gibt es eine Möglichkeit auf diesem Platz, diesen Bedürfnissen nach Ladetätigkeit nachzukommen. Und am 30.6. gibt es eine straßenrechtliche Verhandlung, wo an verschiedensten Stellen um den Markt herum Ladetätigkeiten ausgeweitet werden, wo auf diesen Feldern, wo bis jetzt nur die Taxiabstellplätze waren, auch Ladetätigkeit zugelassen wird und weitere Ladetätigkeiten geschaffen werden, temporär natürlich immer, weil wir benötigen natürlich auch diese Plätze dann wieder für Besucher des Platzes, für Menschen, die dort einkaufen, für Menschen, die dort verweilen wollen. Und hier zu unterstellen, dass

man nicht rechtskonform gehandelt hat, ist eine Frechheit. Und darüber hinaus steht es allen Marktbesckern frei, sich Ausnahmegenehmigungen zu holen, wo sie auch die Parkflächen länger nutzen können als nur für den Parkvorgang. Ganz leicht zu machen, Parkgebührenreferat ansuchen, sie haben sogar einen begünstigten Preis, und damit sollte und damit ist alles abgedeckt, was dort notwendig ist. Wir brauchen keine anderen Pläne, wir haben das alles im Griff und es wird demnächst verordnet und damit haben wir wieder den Zustand hergestellt, der auch notwendig ist. Und bitte unterlassen Sie die Angriffe gegen die Ämter, greifen Sie mich an, das ist kein Problem. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren auf der Tribüne! Der Lendplatz ist ein fixer Bestandteil der Stadt Graz und wir wollen die Standler und Standlerinnen nicht missen, aber es ist so, dass auch die Standler Vorschriften haben und sich auch an das Laden und Entladen und an die Zone halten müssen. Es ist so, es hat im Vorjahr eine Verhandlung gegeben, da war auch die Sprecherin der StandlerInnen dabei und da ist eben ausverhandelt worden, dass auch jetzt die Gebühr verringert wird, also bisher waren es 9,40 Euro, das wird auf fünf Euro vergünstigt, die können über die drei Stunden hinaus parken, jeder andere darf nur drei Stunden parken, also da ist eh schon einmal eine Vergünstigung da. Der Herr Stadtrat hat es gesagt, es ist heute eine Aussendung rausgegangen, dass am 30.6. noch einmal eine Verhandlung ist, also eine Verhandlung anberaumt ist eben mit der Sprecherin der Standler und dass eben versucht wird, die Ladezone etwas auszuweiten, aber es ist so, man kann nicht ganz einfach dort stehen und den ganzen Tag stehen und irgendwo den anderen, den Besuchern oder wie auch immer den Platz wegnehmen. Eben, wie gesagt, es gibt auch Menschen mit Behinderung, die dort parken möchten, es gibt junge Frauen mit Kinderwagen und wie auch immer, also irgendwo ist es dann so, dass die ja den anderen Menschen den Platz wegnehmen und wie gesagt, das ist daran, es wird daran gearbeitet, dass sich die Situation verbessert und dass es noch mehr Platz gibt. Was wünschenswert wäre, wenn die Standler besser mit dem Parkgebührenreferat

kommunizieren würde, wenn es da ein bisschen eine bessere Zusammenarbeit geben würden, wenn die ein bisschen einsichtiger wären, weil am Kaiser-Josef-Platz funktioniert es auch sehr gut. Darum können wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Sehr geehrter Gemeinderat, werte Antragstellerin! Der Motivenbericht, wie es vorher schon ausgeführt worden ist, ist wirklich ein bisschen abenteuerlich zu lesen zwischendurch und trotzdem es ist ein Körnchen Wahrheit da dran und es ist schon lange ein Körnchen Wahrheit da dran. Die Ausführungen des Herrn Stadtrat Eustacchio sind ja nur ein weiterer Punkt in einer mittlerweile quasi unendlichen Geschichte des Herumdokterns am Lendplatz, wo man das eine und das andere immer wieder ändert und am 30.6. gibt es den nächsten Schritt, wieder ein kleines Stück weiter zu doktern, wenn ich es so nennen darf. Aber in einem richtigen und guten Sinn, indem man da über eine Verbesserung der Situation für die Marktbeschickerinnen und Marktbeschicker redet. Aber diese Geschichte mit, der Gemeinderat beschließt eine Fußgängerzone, dann, wie hat es der Herr Eustacchio gesagt, dann wird, weil ein paar Wirtschaftstreibende sagen, wir können nicht existieren, wenn wir nicht ein paar Parkplätze kriegen, wie wenig Parkplätze das sind, bitte schaut euch das einmal und wenn man ohne diese, die da statt der Fußgängerzone da sind, nicht mehr existieren kann, dann möge man die anderen im Umfeld sehen und zählen und dann möge man vielleicht auch noch sehen, wie viel fußläufige Ziele, Wohnungen, Büros etc. dort sind, wie viele Buslinien dort in der Nähe kreuzen usw. leider noch keine Straßenbahn. Aber es ist eine Herumdoktorei und in diesem Sinne kann man das unterstützen, dass man hier mit dem Zustand nicht mehr weitergehen kann. Was ich aber auch nicht möchte und das muss ich schon dir auch sagen, liebe Elke Heinrichs, ich möchte nicht, dass eine Ladetätigkeit auf einmal für gewisse Gruppen dann anders interpretiert wird. Ladetätigkeit heißt, dass ich im Zuge

möglichst schnell und zügig meine Dinge erledigen muss und nicht eine halbe Stunde stehen und Kaffee trinken und nicht eine Stunde dort stehen bleiben, ich unterstelle niemandem, Kaffee zu trinken, nicht dort eine Stunde stehen bleiben und halt was anderes tun, eben zum Beispiel Waren zu verkaufen. Es arbeiten ja diese Marktbeschickerinnen und -beschicker ja eh Hand in Hand. Wenn dort jemand einmal das Standl verlässt, dann wird das vom Nachbarn mitbetreut, ich bin ja selber Konsument und gerne Gast beim Landplatz Bauernmarkt. Das ist kein Problem, wenn dort einmal keiner steht, also kann ein jeder mit seinem Wagen woanders hinfahren und seine Ladetätigkeit abschließen. Also das kann ich wirklich nicht unterschreiben, was da im Motivenbericht teilweise angeführt ist. Ich kann aber, und das beweist ja auch, dass es am 30.6. eben diese straßenrechtliche Verhandlung zur Ausweitung gibt, wir Grüne können aber unterstützen, dass es dringlich ist und wir können auch unterstützen, dass das An- und Abtransportieren von Marktwaren am Grazer Lendplatz ordnungsgemäß vonstatten gehen soll. Das steht nämlich in der ersten Zeile des Antrages und wir sind natürlich gegen jede Aktion scharf, wie wohl ich nicht festgestellt hätte, dass es diese gegeben hätte. Aber das kann ich unterstützen, das können wir unterstützen und ich hoffe, dass wir beim Lendplatz irgendwann einmal sich das gesamtheitlich anschaut, damit man die Situation dort vielleicht für ein paar Jahre verbessert und vielleicht das Ganze auch in Kommunikation mit Menschen vor Ort, die dort eben arbeiten, handeln, BauernmarktbeschickerInnen sind, BezirksratskollegInnen usw. sind, dann können wir vielleicht auf ein paar Jahre hinaus dort einmal eine Situation schaffen so ähnlich wie auf dem Kaiser-Josef-Markt. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc BA: Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Eigentlich wollte ich mir ja die Wortmeldung ersparen, nachdem der zuständige Stadtrat schon gesprochen hat, aber

Karl, du hast es geschafft, dass ich da doch jetzt noch was dazusagen möchte. Der Lendplatz ist ein Platz, der sicher nicht wegzudenken ist in unserer Stadt und als Anrainerin und auch sehr, sehr oft Konsumentin kann ich sagen, da passiert sehr viel und das ist auch gut so und das tut unserer Stadt sehr, sehr gut und vor allem natürlich auch der gesamte Marktbereich.

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc BA: Nein, wir fahren da als ÖVP keinen Zick-Zack-Kurs, absolut nicht und wir haben einmal einen Antrag eingebracht und sind dann auch aufgrund vieler Gespräche draufgekommen, dass das nicht die richtige Variante war. Und dankeswerterweise ist der zuständige Stadtrat Mario Eustacchio auch darauf eingegangen, hat auch gesehen, eigentlich wäre es sinnvoller, anders zu machen. Und genau da sind wir im Moment jetzt gerade dabei, das umzusetzen. Ja, es gibt vielleicht die eine oder andere Hürde, die noch offen ist und wenn man sich im Übrigen auch unterhält mit den Marktbesckern, gibt es nämlich auch Ende Juni einen Termin mit der Verwaltung vor Ort, um noch vielleicht die eine oder andere Lösung herbeizuführen. Unmöglich, so wie es auch teilweise dargestellt ist für die Marktbesckiker ist es im Moment nicht. Aus diesem Grund ist es auch nicht dringlich aus unserer Sicht und wir vertrauen darauf, dass der zuständige Stadtrat mit seiner Verwaltung auch die notwendigen Lösungen, damit es noch vielleicht eine Spur einfacher geht für den einen oder anderen, die Bespielung des Platzes, des Marktes überhaupt möglich ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Jetzt brauche ich ein bisschen, weil ich mir einiges notiert habe und ich möchte vielleicht so anfangen. Was das Laden, also die Ladetätigkeit, angeht so haben

wir mir mehr als zehn Leuten am Platz gesprochen und haben dort Folgendes vernommen: Selbstverständlich möchten die Standler und Standlerinnen nicht künftighin einfach dort ankommen und dann stehenbleiben, also die Zonen, die zur Ladetätigkeit vorgesehen sind, zum Parken verwenden, wir haben im Gegenteil dazu gehört, dass sie bis zum Augarten und weiter hinauffahren, wenn sie abgeladen haben und wie ich es schon vorgetragen habe im Motivenbericht, sich sogar einen Plan zurechtgelegt haben, wie in welchen Zeitabständen sie anfahren können und dann nach der Ladetätigkeit abfahren können, damit sie sich gegenseitig nicht behindern. Es ist auch mir nicht verständlich, warum Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio, unter anderem feststellen, die Leute haben ihre Hinweise bekommen auf die Windschutzscheiben und können jetzt dem aber nicht entsprechen, sie würden sich also weigern, da jetzt diese Mandate zu bezahlen, das haben uns die Standler und Standlerinnen sogar gesagt, dass sie darauf hingewiesen wurden ab April, sie haben diese Zettel vorgefunden, nur, und jetzt komme ich gleich auf den springenden Punkt, die Zustände sind ja dort die gleichen wie vorher. Sie können nicht, auch wenn sie darauf hingewiesen werden, dass sie nur hier laden dürfen, was sie auch machen und was vielleicht einige schwarze Schafe unterlassen um dann zu Recht ihre Strafmandate bekommen, aber in der Masse hätten sie gar nicht die Plätze für ihre Autos und sie haben die Hinweise bekommen, sehen sich aber nicht imstande, dieser Aufforderung nachzukommen, das heißt, so wie der Kollege Dreisiebner gerade gesagt hat, ein Körnchen Wahrheit ist ja bei meinem Antrag dabei. Die Herumdoktorei, und um das geht es mir in meinem Antrag und zum Schluss im Antragstext, die Herumdoktorei muss ein Ende haben. Ich habe auch keinesfalls, und das möchte ich ganz strikt zurückweisen, Herr Stadtrat, zum Amtsmissbrauch aufgerufen, wem gegenüber hätte ich das getan, wann hätte ich das gemacht, würde ich jetzt fragen und ich habe auch in keiner Weise gesagt, dass irgendetwas passiert, was rechtswidrig ist. Niemandem gegenüber, auch hier im Antragstext steht, habe ich das gesagt, nein, es ist nicht so, das weise ich zurück, das weise ich mit meiner Empörung mit aller Entschiedenheit zurück. Also, die Standler haben zur Kenntnis genommen, dass sie dort an diesem

nordwestlichen Areal nicht ohne weiters abladen können, dass sie von nun an mit Aktion scharf jeden Tag, 25 Euro kostet ja die Strafe, bedacht werden und dass sie eben nicht sich da hinaussehen, in Zukunft das zu machen, sie haben die Parkgebühren selbstverständlich zu bezahlen, das ist ihnen klar, aber sie verstehen nicht, warum sie täglich mit Strafmandaten bedacht werden sollen, wo bislang die Zustände nicht zu ihren Gunsten und zu ihrer Zufriedenheit geändert werden können und ich ersuche um nichts anderes als dass, bis das zufriedenstellend gelöst werden kann, die Aktion scharf bitte unterbleibt. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Hauptwohnsitzkampagne

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den Finanzausgleich haben wir uns heute ja schon unterhalten können und auch in diesem Antrag geht es letztlich ja auch um diese Frage. Unabhängig davon, wie gerecht oder ungerecht der Finanzausgleich ist, wie sehr die Stadt Graz benachteiligt wird oder nicht, ist natürlich ein Fakt, dass jeder Hauptwohnsitz in Graz Einnahmen für unsere Stadt bringt. Tatsache ist auch, dass wir nunmehr über 280.000 Hauptwohnsitze in Graz haben, dem gegenüber stehen aber immerhin auch deutlich über 21.000 Nebenwohnsitze mit Stichtag 31. 12.2015. Es geht also letztlich wieder einmal ums Geld und ich möchte auch darauf hinweisen, dass auch in Graz, wie auch in vielen

anderen Städten, ja auch über eine sogenannte Zweitwohnsitzabgabe diskutiert worden ist, in Graz wurde sie aus unterschiedlichsten Gründen nicht eingeführt. Im Wesentlichen kann man ja auch sagen, es ist natürlich tatsächlich sehr kompliziert, hier Ausnahmebestimmungen zu treffen und die Frage ist dann natürlich auch, wenn man zu viele Ausnahmen schafft, inwieweit wäre eine solche Abgabe dann überhaupt noch lukrativ für die Stadt? Es geht aber nicht um die Zweitwohnsitzabgabe in diesem Antrag, sondern um eine sogenannte Hauptwohnsitzkampagne. In einigen deutschen Städten, die ja vor ähnlichen Herausforderungen über den Finanzausgleich stehen, wird auch versucht, mit einem Reizsystem Neben- in Hauptwohnsitze umzuwandeln. In Paderborn und Offenbach bekommen jene Personen, und diese zielen vor allem auf Studierende ab, die ihren Nebenwohnsitz in einen Hauptwohnsitz umwandeln, Gutscheine zum Teil auch von privaten Firmen, Geschäften, Kaffeehäusern, Restaurants, die sich an dieser Aktion beteiligen.

Besonders interessant ist die Stadt Münster, die durchaus in unterschiedlicher Weise (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) mit der Stadt Graz vergleichbar ist. Sie ist eine stark wachsende Stadt, hat nun ganz knapp über 300.000 Einwohner, hat einen relativ hohen Anteil auch an Studierenden, diese setzt bei beiden Hebeln an, sie hat erstens eine Zweitwohnsitzabgabe beschlossen und zweitens auch eine Erstwohnsitzkampagne, die also zum Ziel hat, möglichst viele Bürger und Bürgerinnen, die in der Stadt schon wohnen, auch offiziell sozusagen ihren Lebensmittelpunkt in dieser Stadt zu begründen.

Auch in Graz ist es ja so, dass es durchaus Vorteile gibt, wenn man seinen Hauptwohnsitz hier anmeldet, Stichwort Anwohnerparkkarten, Jahreskarte Graz, Mobilitätsscheck für Studierende, auch die Wohnbeihilfe ist natürlich ein Anreiz mehr oder weniger, auf die man natürlich nur Anspruch hat, wenn man den Hauptwohnsitz in unserer Stadt hat.

Ein Anknüpfen an manche dieser Kampagnen wäre durchaus überlegenswert. Insbesondere unsere kommunalen Einrichtungen wie Verkehrsbetriebe, Frei- und

Hallenbäder, Tourismus- und Kultureinrichtungen könnten für eine derartige „Hauptwohnsitzkampagne“ vielleicht noch spezielle Vergünstigungen anbieten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Ämter und Abteilungen werden – unter Koordination von Herrn Bürgermeister Mag. Nagl – aufgefordert, ein Konzept für eine wie im Motivenbericht beschriebene Hauptwohnsitzkampagne auszuarbeiten.

Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis zu seiner Novembersitzung vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Manfred! Ganz neu sind die Ideen ja nicht, wir arbeiten schon länger, deswegen sind sie trotzdem gut und wichtig. Wir arbeiten ja schon länger daran. Wenn ich mir das alles so anschau, was hier passiert, ich denke mir fast, ob nicht eine gescheitere gesetzliche Regelung notwendig wäre, weil dann fängt jeder an mit Erstwohnsitzkampagnen und dergleichen, aber ok, solange die gesetzliche Regelung nicht klarer ist im Hauptwohnsitz, muss man solche Dinge probieren. Du hast einige wichtige aufgezählt, das macht sicher Sinn und es würde Graz viel bringen, wenn einige unserer, ich glaube 30.000, Zweitwohnsitze hier ein Kreuz bei Erstwohnsitz machen, dann hätten wir fast das wieder herinnen, was wir beim Finanzausgleich vorher diskutiert haben, auch das wäre eine Möglichkeit.

Zwischenruf GR. Grossmann: 60.000.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sind es nicht 30.000, ich weiß nicht genau, ich habe sie nicht herausgesucht, aber fast 30.000, mal 1000, die wir kriegen pro Person, sind 30 Millionen, aber es wird nicht hinhauen. Es geht um viel, es ist sicher richtig, wir sind in Konflikt mit den Heimatgemeinden, die jetzt das Geld bekommen, das muss uns auch klar sein. Seitens der Grünen gibt es natürlich Unterstützung dafür, aus Sicht von Graz völlig klar. Ich möchte nur noch sagen, dass einiges schon passiert ist in diese Richtung, wir haben schon ein Willkommensgeschenk, nicht wirklich, ich weiß nicht genau, die Wellcome-Mappe. Wir haben auch Dinge gemacht, die genau dafür gedacht waren, zum Beispiel den Mobilitätsscheck für die Studierenden, die wir gezielt angereizt haben, auf Hauptwohnsitz zu wechseln, leider Gottes ist das in der Betragshöhe wieder runtergegangen, wir haben damals mehr geschafft, ihr habt einem Budget zugestimmt, wo es wieder weniger ist, das könnte man auch wieder erhöhen, wobei es jetzt mit der GrazCard auch wieder nicht mehr ganz aktuell ist. Ein bisschen spannend finde ich die Zweitwohnsitzabgabe, die ihn erwähnt. Da schreibst du, in Münster, die 2011 eine Zweitwohnsitzabgabe eingeführt haben und der Sinn macht. Ich bin 2011 hier heraußen gestanden, habe auch eine Zweitwohnsitzabgabe gefordert und die KPÖ ist nicht mitgegangen. Also da frage ich mich schon ein bisschen, ob man es nicht stärker und klarer machen könnte. Das wäre ein wichtiger Punkt, ich bin auch sehr für Zweitwohnsitzabgabe, wir haben es nie geschafft, unter anderem weil die KPÖ nicht mitgestimmt hat, also nehmen wir uns zusammen, probieren wir das Ganze genauer anzuschauen, vielleicht finden wir das eine oder andere. Aber jedenfalls gibt es von uns Unterstützung sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeisterin, lieber Antragsteller! Viele deiner Argumente im Motivenbericht sind richtig, es ist ein spannendes Thema. Es ist natürlich so, dass nachhaltig, ich sage jetzt ein bisschen auf gut steirisch, nachhaltig entwickeln Leckerlis nicht immer Wirkung. Ich glaube, was wir tagtäglich hier tun in der Politik, aber auch, was die Verwaltung hier tagtäglich tut in Graz, dass wir daran arbeiten, dass die Lebensqualität in dieser Stadt steigt, dass die Lebensqualität so ist, dass Menschen in diese Stadt kommen. Sie alle erinnern sich an die EU-Kommissions-Studie, wo 79 Städte befragt wurden, Graz im Ranking auf Platz 14 landete, Wien auf Platz 17, da geht es um Standortqualität, da geht es um Lebensqualität, da geht es darum, dass Betriebe sich hier ansiedeln, Menschen, die hierher kommen in den Leitbetrieben auch gerne in dieser Stadt bleiben und arbeiten. Ich denke nur, 2015 waren es 6.100 Personen, die Graz sehr lebenswert gefunden haben, es geht um eine gesunde Mischung aus attraktiven und an Standortqualitätsvorteilen, an der arbeiten wir ja tagtäglich. Die Lebensqualitätsindikatoren, die werden auch jetzt bei diesen zukunftssträchtigen Beschlüssen, die wir heute gefasst haben, STEK, Flächenwidmungsplan, da wird ständig gerüttelt, da wird ständig hinterlegt und darüber nachgedacht, wo finden sich subjektive Eindrücke der Bewohner der Stadt mit objektiven Daten, wie legt man das übereinander und was kommt als Ergebnis heraus. Ich glaube, da müssen wir einfach konsequent daran arbeiten. Jemandem einmalig etwas in die Hand zu drücken und zu sagen, schön, dass du da bist, ist auch gut, wir tun das mit der Jahreskarte, wir tun das mit vielen anderen Dingen schon und das ist auch gut so. Ich glaube, es ist trotzdem nicht der dringliche Zugang, um die Nebenwohnsitze, wenn wir vielleicht von den 30.000 zehn oder acht oder 12.000 dazu kriegen, sich umzumelden, sind das halt zehn Millionen oder 12 Millionen, die Finanzausgleichsproblematik werden wir damit nicht lösen. Wenn wir strukturell den Finanzausgleich nicht über den Tellerrand schauend in den Griff kriegen oder ein paar Mitinteressierte finden, hier zu einer Reform zu kommen. Aber wir sehen die Dringlichkeit nicht darin, jetzt über eine Zweitwohnsitzabgabe wiederum

nachzudenken, es gibt einen aufrechten Gemeinderatsbeschluss, soviel ich informiert bin, wo das Land schon einmal ersucht wurde, eine Zweitwohnsitzabgabe einzuführen. Ich glaube, es war Schladming damals wegen der touristischen Zweitwohnsitze daran interessiert, es war Leoben wegen der universitären, auch wegen der Studentensituation interessiert. Die Studenten sind in Graz prägend, wir haben immerhin fast 70.000, ich denke an Hamburg 1,8 Millionen Einwohner, die sind stolz darauf, dass sie 80.000 Studenten haben, also wir sind studentisch geprägt. Es ist eine Besonderheit, da werden wir die Hauptwohnsitze nicht herbeizaubern können, indem wir die von mir ein wenig liebevoll sogenannten Leckerlis verteilen. Deshalb sehen wir keine Veranlassung, bei deinem Antrag mit der Dringlichkeit mitzugehen.

GR. **Grossmann:** Frau Bürgermeisterstellvertreterin, hoher diskussionsfreudiger Gemeinderat, kann man, glaube ich, heute sagen, wir sind sehr debattierfreudig heute. Diese Rede enthält Produktplatzierungen, sage ich gleich vorneweg. Ich glaube, dass wir wohl das Problem des Finanzausgleichs nicht retten können, aber möglicherweise wäre der eine oder andere Nebenwohnsitz als Hauptwohnsitz angemeldet wieder Balsam auf die klaffende Wunde unserer Finanzprobleme. Insofern, lieber Manfred, vielen herzlichen Dank für deinen Antrag, wir werden den auch gerne unterstützen. Ich denke, es ist immer gut, darüber nachzudenken, was wir neben all den guten hervorragenden Dingen, die wir schon tun, auch der Politikgestaltung, die wir machen, auch die vom Klaus angesprochene Arbeit Stadtentwicklungskonzept, räumliches Leitbild, Flächenwidmungsplan. Was wir zusätzlich noch zu den bereits vorhandenen Angeboten der Studierendekarte, aber insbesondere auch der Graz-Karte, tun können, um mehr Menschen davon zu überzeugen, wenn sie schon hier in der Stadt leben, arbeiten, studieren, zur Schule gehen, was auch immer, auch sozusagen diese Stadt dann zu ihrem Lebensmittelpunkt machen und ihren Hauptwohnsitz anmelden, das tut der Stadt gut und gibt uns auch die Möglichkeit, die zusätzliche Möglichkeit,

mehr finanzielle Mittel zu noch besserer Lebensqualität in dieser Stadt einzubringen. Also wir sind dabei mit der Dringlichkeit, mit dem Inhalt. Danke für den Antrag (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. **Eber**: Vielleicht nur ein vorläufiges Schlusswort. Danke, Kollege Wohlfahrt und Kollege Grossmann, für die Unterstützung, schöner wie du hätte ich es gar nicht sagen können. Zum Kollegen Frölich möchte ich nur sagen, es war alles sehr interessant und richtig, was du gesagt hast, aber ich denke mir, es schließt sich einfach nicht aus. Selbstverständlich können wir die Finanzen der Stadt Graz nicht alleine mit einer Hauptwohnsitzkampagne irgendwie sanieren, wir können auch den Finanzausgleich damit nicht ändern, aber ich denke mir, die von dir angesprochenen acht Millionen oder mehr oder weniger sind ein oder könnten ein durchaus wichtiger Beitrag für das städtische Budget sein. Daher ersuche ich euch noch einmal um Unterstützung und Zustimmung. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

6) Modelle zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Klaus Frölich hat es vorher so schön gesagt: Wir arbeiten an der

Lebensqualität in dieser Stadt Graz und Graz wird auch immer wieder eine sehr, sehr hohe Lebensqualität attestiert. Ich glaube, das können wir auch alle unterstreichen, aber diese von dir zitierte letzte Studie, wo Graz im Ranking ja unglaublich gut abgeschnitten hat, hat auch einen wunden Punkt schon noch gezeigt, und zwar sind die Menschen in Graz nicht zufrieden mit der Luftqualität, mit der Luftgüte. Und hier war natürlich in den letzten Jahren das Thema Feinstaub das Thema Nummer eins im Bereich der Luftqualität, mittlerweile ist ja ein zweites Thema dazugekommen, NOx-Werte sind ebenfalls viel zu hoch und werden immer mehr auch zum gesundheitlichen Problem. Es ist jetzt nicht so, dass Graz hier untätig gewesen wäre, in den letzten Jahren wurden, insgesamt sechs Maßnahmenpakete, die sehr, sehr umfangreich sind, die auch zum Teil aus einem eigenen Feinstaubfonds zur Finanzierung gespeist wurden beschlossen. Die Maßnahmen setzten auf unterschiedlichen Ebenen an und die ExpertInnen waren sich ja auch immer einig und sind sich nach wie vor einig, dass das Thema Feinstaub sich in etwa aus einem Drittel aus den Emissionen der Industrie, einem Drittel der Emissionen von Hausbrand und einem Drittel durch den Verkehr bedingt zusammensetzen und gerade im Bereich des Hausbrandes ist in den letzten Jahren viel gemacht worden, hier sind viele, viele Fernwärmeanschlüsse gefördert worden, umgesetzt worden, werden weiterhin noch offensiv ausgebaut. Auch Dämmmaßnahmen sind hier natürlich eine wichtige Maßnahme und viele, viele andere.

Ein problematischer Bereich war aber immer das Thema motorisierter Individualverkehr. Ziel war es, ich glaube, da sind wir uns alle einig, Ziel war es, immer mehr Menschen weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu anderen Verkehrsmitteln zu bringen, sei es jetzt der öffentliche Verkehr natürlich, sei es Fahrrad oder auch natürlich Fußgänger. Und hier bestand immer wieder auch die Hoffnung von einigen, dass sich das Thema auch ein bisschen von selber lösen würde, haben zum Teil sogar Experten auch prophezeit, durch die immer immissonsärmeren Autos, es hat sich aber hier herausgestellt, dass einerseits zwar der grobe Feinstaub sozusagen, um den wir uns in erster Linie auch angenommen haben, weniger geworden ist, aber der

feinere Feinstaub, der zum Teil noch viel gesundheitsgefährdender ist, die kleineren Partikel gar nicht zahlenmäßig weniger wurden. Die Masse logischerweise, weil die Teilchen kleiner sind, hat sich zwar reduziert, aber bei weitem nicht die Anzahl und auch nicht die gesundheitsschädliche Wirkung. Und außerdem müssen wir dazusagen, ich glaube, das hat der Autoskandal bei VW auch gezeigt, dass das auch nicht so gut und schnell voranschreitet, dass die Emissionen weniger werden, wie es die Autoindustrie zum Teil auch leider zu Unrecht versprochen hat.

Was jetzt noch neu dazukommt ist, dass das Thema NOx immer mehr auch Thema wird und hier ist ganz eindeutig der Verkehr der Hauptverursacher und es steht uns wiederum ein Verfahren der Europäischen Kommission kurz bevor. Wir haben schon wieder einen warnenden Brief bekommen oder die Republik Österreich, um genau zu sein, das heißt, von dieser Seite, wobei das natürlich nicht der einzige Grund sein sollte, warum wir etwas tun. Nur Hauptgrund sollte sein, etwas für die Gesundheit und die Luftqualität der Bevölkerung zu tun, aber auch da droht uns sozusagen wieder ein Verfahren, das zwar nicht von allen ernst genommen wird, aber das trotzdem große Auswirkungen auch auf unsere Finanzen hätte. Und wir haben im Umweltausschuss und vor allem auch die zuständige Stadträtin Lisa Rücker, wir haben da oftmals, glaube ich, in den letzten Jahren diskutiert, in den letzten drei Jahren war ich dabei und es war nicht immer leicht. Es war nicht leicht, sich hier auf ein Modell zu einigen, wie man den Modal Split zu Gunsten des sanften Verkehrs verschieben könnte und es war nicht einmal im Umweltausschuss möglich, sich darauf zu einigen, welche mehreren Modelle man einer Prüfung unterziehen soll. Das hat gestern leider wieder einen vorläufigen Höhepunkt auch gefunden. Nichtsdestotrotz haben wir die Verantwortung, weiter in diesem Bereich zu arbeiten, manchmal drängt sich mir eher das Wort kämpfen auf, aber es heißt natürlich nur mit verstärkter Energie arbeiten an diesem Thema und nachdem auch letztlich für die Umsetzung der Maßnahmen das Land Steiermark laut Immissionsschutzgesetz zuständig ist, ist jetzt der neuerliche Versuch, dass wir den Ball doch ein Stückweit wieder zum Land zurückspielen, natürlich in der Erwartung, dass, wenn die Methoden, die Möglichkeiten, die Modelle ausgearbeitet sind, diese dann an

uns wieder auch zu einer Entscheidungsfindung zurückgespielt werden. Also irgendwann werden wir uns entscheiden müssen, was die bevorzugte Methode ist, aber eine Entscheidung macht nur dann Sinn, wenn man eine Entscheidungsgrundlage am Tisch, hat anhand derer man dann auch entscheiden kann. Die Möglichkeiten, die bei näherer Diskussion und Prüfung für uns sich herauskristallisiert haben, als möglich wären, der autofreie Tag an bestimmten Tagen, dann irgendeine Form des Roadpricings oder der Citymaut, wobei es hier viele, viele Möglichkeiten der Ausformung gäbe, aber der Vorteil würde natürlich darin liegen, dass es auch eine Möglichkeit der Finanzierung des ÖV ist gleichzeitig und eine steuernde Maßnahme und es gibt natürlich auch noch weitere Möglichkeiten, die Parkraumbewirtschaftung auszudehnen, auszuweiten, zu verändern, sodass auch die einerseits als steuernde Maßnahme genutzt werden kann, andererseits aber natürlich, wie es ja auch jetzt schon ist, Einnahmen für die Stadt Graz lukrieren kann, die dann wiederum in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fließen können.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Das Land Steiermark wird höflich ersucht, die seit 2008 bestehende „Stadt-Land-Arbeitsgruppe Umwelt“ damit zu beauftragen, gemäß Motivenbericht, damit sind auch die drei angeführten Modelle gemeint, mehrere Modelle zur nachhaltigen Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in Graz näher zu prüfen, beziehungsweise auszuarbeiten, und diese dem Grazer Gemeinderat zur weiteren Diskussion und Entscheidung vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema hatten wir ja auch gestern als mündlichen Bericht im Verkehrsausschuss, hat uns da eine Stunde Debatte gebracht mit dem Ergebnis, dass sich eben Fraktionen hier auf nichts geeinigt haben. Die Antragstellerin hat das dann eben zum Anlass genommen, heute herinnen noch schnell einen Antrag zu basteln und wir werden heute jetzt das im Teilbereich wiederholen. Die Kollegin Marak-Fischer hätte aber an und für sich nur bei der Fraktionskollegin Katholnig nachfragen können, welche Maßnahmen punkto Verkehr bereits beschlossen sind im Verkehrsausschuss. Wir haben ein Verkehrskonzept, wir haben verkehrspolitische Leitlinien, wir haben das Mobilitätskonzept 2020 mit dem Ziel und den Maßnahmen, genau wird gerade angesprochen, den Modal Split im öffentlichen Verkehr auf 24 % zu erhöhen. Also diese Aufgaben und Dinge sind seitens der Verkehrsplanung erledigt. Es gibt einen Masterplan ÖV mit den gewünschten Maßnahmen und es ist ja wohl der wichtigste Punkt, hat sich auch gestern gezeigt, die Kapazitätserhöhung im öffentlichen Verkehr ist, glaube ich, fraktionsübergreifend Taktverdichtung, Straßenbahnwagen wird uns die Finanzierung bei den Straßenbahnwagenkäufen wird uns fordern. Wie gesagt, die Dinge sind in Planung, es erfordert natürlich Finanzmittel, da sind Punkte vielfach offen. Aber hier und jetzt, um den Antrag zu besprechen, euch, vor allem der SPÖ und den Grünen, geht es hier wieder um Fahrverbote. Es sollen Fahrverbote kommen, City-Mauten, jetzt hören wir Parkraumbewirtschaftung, ja, was ist Road-Pricing, was ist ein Fahrverbot? Natürlich trifft das wieder den Autofahrer und hier wird in die Taschen der Autofahrer gegriffen. Natürlich mit den Freiheitlichen wird es diese Modelle nicht geben, eben auch die Sozialdemokraten wischen das weg, ihr greift sehr wohl den kleinen Autofahrer an. Die ÖVP, habe ich gehört, wird hier auch zustimmen, das heißt, ihr nehmt in Kauf, dass der Wirtschaftsstandort gefährdet wird und ihr wollt eben aus Umweltpolitik Verkehrspolitik machen, das wird es mit den Freiheitlichen nicht spielen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Pavlovec-Meixner**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Ja, dieses Thema ist verdammt dringlich. Ich höre immer Menschen, die sagen, sie fahren am Wochenende raus aus Graz, weil ihnen die Luft zu schlecht ist und wir müssen uns wirklich fragen, wer kann sich denn das leisten, jedes Wochenende aus Graz rauszufahren? Sicher nicht alle Menschen und uns geht es darum und deshalb bin ich auch sehr froh, dass die Kollegin Marak-Fischer sich eines grünen Anliegens angenommen hat. Uns geht es darum, die Luftsituation in Graz zu verbessern und das ist sehr, sehr dringlich. Wir werden deshalb selbstverständlich der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen und dann noch später einen Abänderungsantrag einbringen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Alexandra! Die KPÖ stimmt dem Antrag, deinem dringlichen Antrag der Dringlichkeit nach und dem Inhalt zu. Ich melde mich nur insofern kurz, weil es uns wichtig ist, nicht nur für das gestrige Protokoll im Ausschuss festzuhalten, sondern auch für das heutige hier in der Gemeinderatssitzung, dass die Vorstellung der KPÖ folgende ist. Wir sprechen uns sehr deutlich für die Einführung der Nahverkehrsabgabe aus, weil das Finanzierungskonzept zugegebenerweise nach der funktionierenden Wiener U-Bahn-Steuer dargestellt wird. Also eine Abgabe, welche Dienstgeber in der Höhe zirka von zwei Euro pro Dienstnehmer und pro Woche zu bezahlen hätten, sodass es zur Verkehrserschließung kommt. Damit ist der direkte Zusammenhang zur Emissionsproblematik gegeben, also Nahverkehrsabgabe, Einnahmenaufrüstung der Öffi-Flotte, damit Reduktion des Individualverkehrs und der Emissionen. Sinnvoll ist natürlich eine Kombination, eine weit gehende Kombination der verschiedenen Punkte, die du ja angeführt hast, die also im Fall der Annahme deines dringlichen Antrages dann diejenigen mittragen. In Schlagwörtern, es wäre also ein Push-and-Pull- Effekt, will heißen, ein Angebot schaffen, das nötige Geld erwirtschaften und das nicht ausschließlich eben über

Restriktionen, also über Strafen und Kontrollen, eingehoben wird. Die Citymaut impliziert ja das eher, aber das ein anderes Mal, da wäre also der Berufsverkehr zu bedenken und zu berücksichtigen, also soziale Benachteiligungen in Erwägung zu ziehen, um da also dann wieder mit Zuschüssen zu kompensieren, was unserer Meinung nach komplizierter wäre als die Nahverkehrsabgabe. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gestern auch informiert über die Historie dieser ganzen Diskussion im Umweltausschuss. Vielleicht auch etwas zu spät, auf jeden Fall war, glaube ich... erstens einmal gab es im Verkehrs- und Planungsausschuss eine ganz starke Konzentration auf die bevorstehenden wichtigen Beschlüsse und Beratungen zum Flächenwidmungsplan, räumliches Leitbild etc. Das heißt, wenn ich das jetzt so flapsig sagen kann, die Muße für dieses Stück war im Verkehrsausschuss enden wollend. Darüber hinaus muss man ehrlicherweise sagen, der Verkehrsausschuss war auch inhaltlich nicht wirklich vorbereitet auf das Stück, obwohl es eigentlich eine, mittlerweile könnte man fast sagen, jahrzehntelange... und Unterlagen hat es auch gegeben, die Enquete aus dem Jahr 2014 etc. Im Antrag oder auch im Vortrag des Antrages ist es ja ausgiebig berichtet worden auch das, was mittlerweile schon erreicht werden konnte, aber das, was jetzt wirklich auf der Tagesordnung ist und das sind die NOx-Werte. Wir können natürlich darüber diskutieren, welche Versäumnisse es auf den Ebenen der anderen Gebietskörperschaften gäbe. Diese Dieselbevorzugung, eine Spezialität in Österreich, ist natürlich auch an der Problemsituation beteiligt. Nach wie vor unklar, wieso das eigentlich auf der Bundesebene nicht anders geregelt wird. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs, die Ausweitung des Angebotes ist etwas, was wir immer auf der Tagesordnung haben und immer diskutieren und die Finanzierungsangelegenheiten dazu. Trotzdem, glaube ich, ist es absolut

gerechtfertigt, immer wieder auch über den Modal Split und die Erreichbarkeit dieses Modal Splits zu lesen, zu dem wir uns hier auch im Gemeinderat bekannt haben, zu dem wir aber nur... also was die Maßnahmen betrifft, haben wir einige formuliert, wie wir zur Umsetzung dieser Maßnahmen kommen, sind wir schon noch etwas dünner geworden in der Klarstellung. Also ist es durchaus gerechtfertigt, angesichts der Problemlage hier konkreter zu werden und der Antrag hat halt jetzt den Ball aufgenommen, der im Prinzip schon von der Frau Stadträtin Rücker und auch vom Umweltausschuss in den letzten Jahren und auch in der letzten Periode schon diskutiert wurde und ist jetzt wieder ein weiterer Anlauf zur Konkretisierung von Modellen. Und das können wir von Seiten der ÖVP begrüßen, wir stimmen daher der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zu (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Ich möchte jetzt auch noch etwas dazu kurz sagen und zwar einerseits über die gestrige Ausschusssitzung, weil die jetzt auch erwähnt worden ist, die ja eigentlich, wenn man sie veröffentlichen würde und in Form von einem Streaming oder irgendwas, wirklich interessant gewesen wäre zum Beobachten, weil, also für alle, die nicht dabei waren, möchte ich es kurz zusammenfassen, irgendwie ein klarer Antrag, wo drinnen gestanden ist eigentlich relativ klar, was zu tun gewesen wäre für den Ausschuss, das dann als mündlicher Informationsbericht geliefert wird, wo man sich dann nicht einig ist, eigentlich haben wir jetzt nur gelesen, dass es einen Antrag geben hat, wo eigentlich klipp und klar drinnen steht, was zu tun wäre. Zwischenzeitlich kommt mir so vor die Umgangsweise mit gewissen Anträgen, was vielleicht auch erklärt, warum Anträge von uns irgendwie nicht behandelt werden. Aber egal, das gar nicht so jetzt zur Sache. Ich wollte eigentlich auch der Initialzündler, was ein bisschen die Thematik mit Push-und-Pull-Faktoren, die mich jetzt ein bisschen sozusagen auf das Pull gebracht hat und zwar in der Richtung so die Vorschläge, die Punkte, die du drinnen nennst, so wie eben Citymaut, Parken oder eben Fahrverbote sind ja eigentlich

auf der einen Seite so klassische Push-Faktoren, wo man sagt, ok, Citymaut verhindert, dass man reinfährt oder man versucht halt weniger reinzufahren und weniger auszugeben, wie auch immer, eine Citymaut dann ausgestaltet ist. Parken, wo man vielleicht die Parkgebühren anhebt, überlegt man sich vielleicht zweimal, ob man hineinfährt, dementsprechend wieder so ein Faktor, der das verhindert und Fahrverbote natürlich klar. Was man aber nicht vergessen darf, gerade bei der Parkthematik könnte man ja wieder zusätzliche Einnahmen lukrieren, die wiederum in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel fließen würden, was wiederum ein Pull-Faktor wäre, also der eigentlich wiederum mehr Leute dann in die Öffis reinbringt. Genauso wie eine Citymaut, die wiederum Geld bringen würde, um die Öffis auszubauen und wir diskutieren eigentlich immer drum, dass wir sagen, wir sind alle einer Meinung, wir wollen die Öffis ausbauen, wissen nur nicht, woher wir das Geld nehmen. Deswegen ist es, glaube ich, sehr wichtig neben natürlich einer Nahverkehrsabgabe, die auch wiederum in Richtung Pull und mehr Öffis gehen würde, wäre toll, wenn wir auch die haben, aber deswegen ist es genau wichtig, über diese von dir genannten Modelle nachzudenken, zu schauen, wie so etwas ausschauen könnte, was das vielleicht auch für Graz bringen könnte, dementsprechend die Unterstützung diesbezüglich. Ich möchte dann nur nachher wissen, wie sich der Abänderungsantrag unterscheidet, weil das habe ich noch nicht ganz verstanden, weil das ist für mich eigentlich das Gleiche gewesen, aber... prinzipielle Unterstützung von uns in beiden Richtungen. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Ein kurzes Wort zum Kollegen Lohr. Du hast davon gesprochen, dass es Konzepte, ausgearbeitete Maßnahmen usw., um das Ziel, den Modal zu verändern, gibt. Aber warum nutzen den die offenbar die letzten Jahre und drei Jahre überhaupt nicht, eben unter anderem die Finanzierung. Aber wenn man ein Ziel, das man sich selber setzt, nicht erreicht, dann muss man an den Maßnahmen

wieder ein bisschen nachbessern, sonst funktioniert es nicht und dann muss man nach ein paar Jahren wieder sagen, man hat das Ziel nicht erreicht. Dann könnte aber passieren, dass man vielleicht nicht mehr gewählt wird, wenn das passiert. Dann noch eine kurze Bemerkung, Fahrverbote...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Mit Verboten? Gratuliere.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:** Wenn du den Antragstext genau gelesen hast, sollen eben nur geprüft werden, das nur so als kurze Klarstellung. Andrea zu deiner Wortmeldung ganz kurz, ein grünes Thema ist es aus meiner Sicht nicht unbedingt oder höchstens die letzten Jahre natürlich dann schon, aber ursprünglich ist es, glaube ich, ein ursozialdemokratisches Thema, denn seit der Gründung der Sozialdemokratie ist eine der Maßnahmen, dass man eben für die Menschen, die sich nicht die Sommerfrische, das Ferienhaus, den Wochenendausflug und die Villa am Stadtrand leisten können, auch gesunde Lebensumstände erzielen wollen (*Applaus SPÖ*). Das heißt, aus meiner Sicht ein ursozialdemokratisches Thema, auf das wir uns Gott sei Dank auch immer wieder einmal besinnen und Maßnahmen dazu setzen, aber die Grünen sind jetzt natürlich seit ein paar Jahrzehnten erfreulicherweise auch dabei. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens zum Peter Mayr, es freut mich sehr, dass unser gestriges Telefonat, dass ich dir da die Geschichte so darstellen konnte und vor allem die vielen Anstrengungen, die es in den letzten Jahren gegeben hat, dass du heute irgendwie eine modifizierte Meinung vertreten kannst, das freut mich außerordentlich. Zu der Frage wegen dem Abänderungsantrag, ich glaube, dass die Frau Stadträtin, meine Kollegin Lisa Rücker, das sowohl in den letzten Ausschüssen als auch gestern wieder ganz, ganz klar gesagt hat, dass sie oft beim Land Steiermark war, dass sie sehr oft in der Arbeitsgruppe war, dass sie bei den Verhandlungen immer gehört hat, das Land Steiermark möchte ganz genau wissen, was der Grazer Gemeinderat möchte. Und deshalb auch unser Abänderungsantrag, weil wir der Meinung sind, dass mehrere Modelle nicht so präzise sind, dass eine Aufzählung der Modelle, das heißt, wir haben nichts anderes gemacht als den Wortlaut „mehrere Modelle“ durch das zu ersetzen, worum es tatsächlich geht, nämlich autofreier Tag an bestimmten Tagen, Road-Pricing und Parkraumbewirtschaftung und das alles einfach deshalb, damit das Land dann nicht sagen kann, na, was meint ihr genau mit „mehreren Modellen“, damit es nicht passieren kann, dass es uneindeutig ist und dass wir einfach das, was meine Kollegin Lisa Rücker jahrelang vom Land gehört hat und deshalb haben wir diesen Antrag präzisiert, das ist der Grund. Und ich stelle jetzt folgenden Abänderungsantrag eben zum dringlichen Antrag meiner Kollegin Alexandra Marak-Fischer „Modelle zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in Graz“. Der Antrag lautet: Das Land Steiermark wird höflich ersucht, die seit 2008 bestehende „Stadt-Land-Arbeitsgruppe Umwelt“ damit zu beauftragen, gemäß Motivenbericht die Modelle „Autofreier Tag an bestimmten Tagen“, „Road-Pricing“ und „Parkraumbewirtschaftung“ zur nachhaltigen Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in Graz näher zu prüfen beziehungsweise auszuarbeiten, und diese dem Grazer Gemeinderat zur weiteren Diskussion und Entscheidung vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 18.20 Uhr den Vorsitz.

7) Freier Eintritt für Polizeibeamte in städtische Bäder

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrte Gäste, hoher Gemeinderat! Die heurige Badesaison hat ja noch nicht mal ordentlich begonnen, dank des regnerischen Wetters. Aber erst vor etwa zwei Wochen hat es in der Auster in Eggenberg wieder einen Fall von sexueller Belästigung gegeben. Jetzt habe ich erst vor ein paar Tagen in den Medien gelesen, dass das fixe Sicherheitspersonal nicht in den Grazer Bädern sein wird, höchstens bei stark frequentierten Tagen oder, wie es heißt, anlassbezogen angefordert, wobei mir nicht ganz klar ist, was das heißen soll „anlassbezogen angefordert“, weil dann kann ich gleich die Polizei rufen. Auf alle Fälle finden wir diesen Umstand für die Sicherheit der Badegäste absolut unzureichend. Nach mehreren Fällen sexueller Belästigung und auch der Befürchtung, dass es jetzt im Sommer zu einer Steigerung kommen wird, haben die Wiener Bäder eine sehr interessante Maßnahme angedacht und zwar freier Eintritt für Polizisten in die Freibäder und Hallenbäder. Der Polizeibeamte kann, wenn er möchte, bei der Kasse seine Dienstnummer angeben und

bekommt dann freien Eintritt und kann sich dann bei einem Übergriff selbst sofort in den Dienst stellen und ohne Zeitverzögerung geeignete Maßnahmen vor Ort ergreifen. Der Sprecher von den Wiener Bädern, Herr Kotinsky, sagt dazu: „Polizeibeamte können die Situationen einfach besser beurteilen, auch wenn sie eigentlich gerade frei haben. Sie wissen was zu tun ist, bilden eine Schnittstelle zu den uniformierten Kollegen und können natürlich auch wichtige Hinweise geben. Wir hoffen, dass dadurch viele Beamte in die Bäder kommen. Das soll vor allem auch eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Täter haben.“

Auch ein ÖVP-Mandatar hat den gleichen Vorschlag und zwar der ÖVP-Stadtrat von Mistelbach, selber Bezirkspolizeikommandant und als Stadtrat zuständig für Sicherheit und Sport. Im Gegensatz zu Bademeister oder Mitarbeiter, die die Personen zwar anhalten dürfen, kann der Polizist natürlich auch die Identität des Täters feststellen und wir brauchen nicht reden, natürlich ist der Polizeibeamte besser ausgebildet, besser geschult, kann Gefahrensituationen besser abschätzen und hat beim Eingreifen die Situation besser unter Kontrolle, bis die uniformierten Kollegen vor Ort kommen. Wir, die FPÖ Graz, wir sind uns absolut darüber bewusst, dass die Polizisten nicht erst seit letztem Herbst Enormes leisten, dass sie ständig unterbesetzt sind, dass die Arbeitszeiten, die Dienstzeiten ein Wahnsinn sind, dass an allen Ecken und Enden Geld fehlt, dass sie in manchen Polizeistationen sogar privat finanziertes Klopapier mitnehmen müssen, das ist uns bewusst und deshalb fordern wir ja schon seit Jahren 300 Polizeibeamte mehr für die Stadt und eben tatsächlich mehr und nicht nur einen Ersatz für die Beamten, die in Pension gehen. Das heißt, das ist Faktum, diese Beamten fehlen. Die von uns vorgeschlagene Maßnahme beruht natürlich auf Freiwilligkeit, aber vielleicht werden dadurch Polizeibeamte motiviert, die Freibäder mehr zu nutzen und alleine der Umstand, dass dadurch vielleicht mehr Beamte in den Bädern sein könnten, erhöht einmal das Sicherheitsgefühl und wirkt sich sicher auch präventiv aus und schreckt manchen potentiellen Täter ab.

Deshalb stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, dieses Anliegen an die zuständigen Stellen des Stadtpolizeikommandos und der Landespolizeidirektion heranzutragen. Sollte seitens der Sicherheitsbehörden eine diesbezügliche Bereitschaft bestehen, so wird Herr Stadtrat Rüschi in seiner Funktion als Beteiligungsreferent ersucht, an die Holding Graz heranzutreten und die Möglichkeiten eines kostenlosen Eintritts von Bediensteten der Polizei in städtische Bäder prüfen zu lassen. Diese Maßnahme möge jedenfalls noch vor der Sommerpause des Gemeinderates zur Umsetzung gelangen. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein unbeschwertes Badevergnügen muss ein Muss sein, es muss die Sicherheit gewährleistet sein, dass ich mir um meine Kinder keine Sorgen machen muss und generell es zu keiner Belästigung kommt. Wenn ich jetzt das Beispiel von anderen Städten hernehme, dann muss ich schon sagen, dass die ein Zehn-Punkte-System haben und dass Polizeipräsenz alleine viel zu wenig ist. Es muss viel mehr Schulungen geben mit der Sicherheit mit Sicherheitsfachleuten, es muss mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft muss es Treffen geben, eben damit Kinder sensibilisiert werden, damit sie achten, ist da eventuell eine Gefahr, sexuelle Übergriffe sind ja keine Seltenheit. Also da muss schon irgendwo ein Mehr da sein als nur eine Polizeipräsenz, wir haben heute schon ein paar Mal gesagt, es muss natürlich die Polizei aufgestockt werden, sonst funktioniert es nicht, es muss auch schon irgendwo eine Regelung da sein, die Holding hat, glaube ich, da schon angeführt, dass es eben dann, wenn man hineingeht, dass man registriert ist, dass das dann nachher nicht irgendwie so ausartet und das vielleicht dann irgendwo der Schluss zurückkommt, ja die Polizisten gehen

gratis baden. Also das darf sicher nicht sein, da muss es schon eine Kontrolle geben. Aber vorher muss es natürlich Schulungen geben und da gehört viel mehr dazu als nur, wenn ein Polizist sich in einem Bad aufhält. Daher stellt die Sozialdemokratie folgenden Zusatzantrag: Die Verantwortlichen der Holding Graz/Freizeitbetriebe werden dringend ersucht, mit den Verantwortungsträgern der Wiener Bäder betreffend eines Abgleiches der jeweiligen Sicherheitsmaßnahmen sowie einer allfälligen Adaptierung in Kontakt zu treten, dies mit dem Ziel, die Sicherheitsstandards in den Grazer Bädern im Interesse der Badegäste wie auch der Bediensteten noch vor Beginn der Sommerferien bestmöglich auszuweiten. Dem Gemeinderat möge bis zur Juli-Sitzung ein Bericht vorgelegt werden. Entschuldigung, Abänderungsantrag kommt von unserer Seite, kein Zusatzantrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pacanda:** Ich weiß zwar nicht ganz genau, was du gesagt hast, aber ich versuche es wiederzugeben. Ich bin mir sicher, du wolltest sagen, dass die Piratenpartei das Thema Sicherheit ein bisschen größer angeht, als ihr das vielleicht seht. Ich bin absolut der Meinung, dass es natürlich toll ist, wenn man das Thema Sicherheit, jetzt vor allem im Freibad, prinzipiell angeht und da sind wir halt der Meinung, wenn man das angeht, dann müssten wir es halt sozusagen ganzheitlich angehen und ich bin schon der Meinung, es wäre natürlich toll, wenn mehr Polizei in einem Freibad ist. Es ist sicher auch nicht schlecht, wenn zum Beispiel mehr Notfallärzte in einem Freibad möglicherweise wären, gratis im Bad drinnen, und auch bekannt ist, dass die jetzt da sind, also sprich sollte ein medizinischer Notfall eintreten, dass die natürlich vor Ort sind, das könnten auch Rettungssanitäter sein, ausgebildete. Es betrifft natürlich auch Feuerwehrleute, eben die Notärzte habe ich schon erwähnt, klassisch im Freibad Wasserrettung ist natürlich auch ein Thema, das heißt, wir wären der Meinung, deswegen haben wir auch einen Abänderungsantrag zu dem Thema eingebracht, wenn man sagt, ok, Sicherheit ist mir wirklich wichtig und es geht um Sicherheit in Bädern,

dann schauen wir uns das ein bisschen in einem größeren Kontext an und dann laden wir eben dementsprechend diese Einsatzorganisationen, die in Summe einfach mehr Sicherheit in ein Bad reinbringen und das fängt natürlich bei der Medizin an, geht weiter über die Feuerwehr bis zur Polizei natürlich, dann laden wir die ein in die Bäder zu kommen und eben den Herrn Bürgermeister dementsprechend, dass er da die Gespräche aufnimmt. Dementsprechend der Abänderungsantrag, der dann von uns kommt. Dankeschön.

GR. Rajakovics: Bevor wir jetzt den Gratis Eintritt für alle in den Bädern haben, möchte ich ein paar Sachen vorausschicken. Das eine ist, dass selbstverständlich die Polizei involviert war, gerade in den letzten Monaten, auch in ein Sicherheitskonzept für die Grazer Bäder. Unter anderem hat es sowohl für das jetzt neu angestellte Sicherheitspersonal in den Bädern als auch für andere Bademeister etc. eigene Schulungen in der Polizei gegeben. Das Zweite ist, dass es auch noch Schulungen gegeben hat im interkulturellen Kontext, wie geht man auf die Leute zu, damit sie dann auch wissen, wie sie sich verhalten sollen. Das heißt, die Holding macht von sich aus natürlich alles, damit, jeder der von uns ins Bad geht, sich dort sicher fühlen kann und vor allem eine Erholung findet. Und das ist, glaube ich, der springende Punkt bei dem Antrag. Ich habe heute den Antrag weitergeleitet an einen Freund von mir, der bei der Polizeigewerkschaft ist, habe ihn gefragt, wie er dazu steht. Hat er gesagt, er kann es sich ein bisschen schwer vorstellen, wenn er jetzt als Polizist in der Badehose einschreiten muss, entweder er muss Dienstmarke, eventuell die Waffe mit sich führen, dann ist für ihn der Erholungswert sowieso null, weil er auf die ja auch aufpassen muss, wenn er das nicht mithat, dann kann er gleich einschreiten, wie er als Polizist sowieso das Gefühl hat für sich, einschreiten zu müssen, wenn es darum geht zu helfen und dann einzuschreiten und zu schauen, möglichst schnell Verstärkung zu holen und dass die Kollegen in Uniform, die dann auch so ausgerüstet sind, dass sie

einschreiten können, wenn da eine Menge, in dem Fall geht es ja auch um Belästigung, ein paar junge Burschen herumstehen, ist es sowohl für Polizistinnen, oder vor allem für Polizistinnen aber auch für Polizisten wahrscheinlich nicht ratsam, nur in Badehose oder im Bikini einzuschreiten, weil dann wird das halt wahrscheinlich nicht von Erfolg gekrönt sein. Daher das Einschreiten, so es die Möglichkeit gibt, ist für jeden Exekutivbeamten eine Selbstverständlichkeit, so wie es für jeden Rot Kreuz Helfer und für jeden Arzt eine Selbstverständlichkeit ist, dass er hilft, wenn es im Bad zu einem Unfall kommt und medizinische Hilfe gefragt ist. Das heißt, wir werden gegen die Dringlichkeit des Antrages stimmen deshalb, weil auch ein Polizist und gerade auch unsere Polizei, die so belastet ist, das Recht hat, dass sie in ein Bad geht und sich dort einfach einmal erholt und nicht, dass man am Eingang die Marke abgibt, die Telefonnummer abgibt und in einer ständigen Ungewissheit ist, ob man jetzt zur Erholung da ist oder ob man einen Einsatz hat. Also wir halten von dem System wenig, Sicherheit ist wichtig und wesentlich, bei allen Einsätzen, die es in Grazer Bädern gegeben hat, war die Polizei unter 15 Minuten vor Ort. Bei aller Kritik daran, dass zu wenig Exekutivbeamte insgesamt in Graz sind, muss man doch sagen, dass es ihr gelingt, wenn es darauf ankommt, sehr flott vor Ort zu sein und auch einzuschreiten. Deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, wohl aber kann man gerne auch noch einmal mit der Polizeiführung reden, wie sie dazu steht; aus Sicht eines Kollegen, der auch Personalvertreter ist, ist so ein Vorschlag nicht zielführend (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Zuerst hätte ich schon eine Frage wegen der Geschäftsordnung, es sind jetzt während der Debatte zur Dringlichkeit ein Abänderungsantrag und ein Zusatzantrag gestellt worden, warum darf sich meine Fraktion dazu nicht noch einmal zu Wort melden?

StR. **Hohensinner**, MBA: Eigentlich werden die Abänderungsanträge erst dann zum Inhalt eingebracht, aber ich glaube, in den Wortmeldungen ist es vorab angekündigt worden. In der Geschäftsordnung ist es so, dass die antragstellende Fraktion hat den Antrag zu stellen, noch einmal, Frau Gemeinderätin, Sie haben da die Möglichkeit, wirklich ausführlich Stellung zu nehmen, das haben Sie gemacht. Deswegen bitte ich Sie jetzt, das Schlusswort zu sprechen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Danke für die Möglichkeit. Heute ist es mit der Geschäftsordnung nicht so genau, das ist mir schon aufgefallen. Es wäre sehr interessant gewesen, einen Polizisten, nämlich meinen Kollegen Moser, dazu auch zu Wort kommen zu lassen. Die Maßnahmen, wie schon erwähnt, Kollege Rajakovics, ist freiwillig und der Polizist ist es ja gerade, der einschätzen kann, ob die Situation so gefährlich ist, dass er einschreiten kann oder auch nicht. Zum Abänderungsantrag, der meines Erachtens eingebracht ist und zum Zusatzantrag möchte ich sagen, dass wir beide ablehnen, weil wir jegliche Aufweichung unseres eigenen Antrages und auch jegliche zeitliche Verzögerung, der Sommer ist in Wahrheit schon da, ablehnen. Es geht uns definitiv darum, die Sicherheit und auch das Sicherheitsgefühl in den Freibädern zu erhöhen und zwar vornehmlich für Frauen und Kinder und definitiv durch Exekutivbeamte, dass die auch alle einen Rettungsschwimmer haben und eine besondere Ausbildung in Erste Hilfe, das ist ein netter oder positiver Zusatzeffekt, aber es geht darum, eindeutig sexuelle Belästigungen präventiv verhindern zu können oder zumindest zu minimieren. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und FPÖ) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Verzicht auf Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Lieber Kurt, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um ein Thema, das derzeit auch international heftig diskutiert wird. Es gab ja auch erst vor kurzem eine Abstimmung dazu im EU-Parlament. Es geht nämlich um das Thema Glyphosat, um eine Neuzulassung von Glyphosat. Das ist ein Herbizid, das sehr breit angewendet wird und das im Verdacht steht, dass es große Gesundheitsschädigungen hervorruft. Der Anlass für meinen dringlichen Antrag ist der, dass das Land Steiermark vor kurzem beschlossen hat, dass im Bereich von Straßen künftig gänzlich auf Herbizide verzichtet wird. Jetzt ist das etwas, das wir schon vor einem Jahr hier im Gemeinderat hatten, damals hatte ich eine Frage gestellt, ich habe damals auch einen Antrag gemacht und ich habe sehr viel recherchiert im Vorfeld, wie die aktuelle Situation ist und habe gehört, dass in Niederösterreich seit sechs Jahren auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden an öffentlichen Straßen, Geh- und Radwegen verzichtet wurde. Ich fand auch sehr lustig die Geschichte, die mir dazu erzählt wurde nämlich, dass der niederösterreichische Landeshauptmann am Weg nach St. Pölten gesehen hat, wie glyphosathaltige Herbizide ausgebracht wurden und wie er dann gesehen hat, dass das alles ganz braun war, dann hat ihn das offensichtlich so erschrocken, dass er gesagt hat, da müssen wir dagegen was tun und das Land Niederösterreich schafft es seit sechs Jahren, und wir wissen alle, was das für ein großes Bundesland ist, ohne diese Herbizide auszukommen.

Momentan laufen verschiedene Versuche in Österreich, also einerseits die Asfinag prüft Alternativen bei Autobahnstationen, die Österreichischen Bundesbahnen suchen Alternativen gemeinsam mit einer Umweltorganisation, es ist ein sehr schwieriges Thema für die ÖBB, weil die ja verpflichtet sind, die Schienenwege freizuhalten und wenn jetzt ein Zug drüberfährt und es ist zum Beispiel ein heißer Sommer, dann könnte einfach, wenn dort Gräser wachsen, besteht eben akute Brandgefahr, also deshalb müssen die da besonders gut hinschauen.

Wie gesagt, Glyphosat ist nach wie der weltweit am häufigsten eingesetzte Wirkstoff zur „Unkrautbekämpfung“ und steht im Verdacht krebserregend zu sein und es ist auch so, dass Glyphosat Mitschuld an der Abnahme von Blühpflanzen trägt und eben auch sehr schädlich ist, im Kontext mit dem von uns auch sehr wichtigen Thema der Bienen. Sie haben vor kurzem einmal eine Anfrage gemacht, da ist rausgekommen, dass die Stadt Graz in Schutzgebieten kein Glyphosat ausbringt, sehr wohl ist es aber so, dass kleine Mengen nach wie vor eingesetzt werden, laut dieser Fragebeantwortung aus dem Jahr 2015 sind das zirka 20 Liter. Die werden auch zum Beispiel in der Kaiserfeldgasse ausgebracht, die werden in der Nähe von Schulen, Sportplätzen ausgebracht, einfach um gegen den unerwünschten Bewuchs der Randzonen vorzugehen.

Aus Gründen des Schutzes der Umwelt, der Biodiversität und der Gesundheit des Menschen ist es dringend geboten, den Einsatz von Glyphosat ganz zu beenden. Ich habe in meinem dringlichen Antrag auch einige Alternativen aufgelistet, nämlich nicht-chemische Unkraut-Bekämpfung mit Heißwasser oder Heißdampf oder mechanische Verfahren, also mit speziellen Geräten. Dann eben die Nutzung von anderen Herbiziden mit weniger ungünstigen Umwelteigenschaften oder dass man halt einfach sagt, Blumenwiesen sind eigentlich auch nett und man muss nicht überall Rasenflächen haben.

Worum es mir mit dem dringlichen Antrag geht ist, dass die Stadt Graz sich in Form einer freiwilligen Selbstbindung verpflichtet, bei der Pflege kommunaler Grünflächen

auf die Verwendung von glyphosathaltigen Herbiziden zu verzichten und auch andere Institutionen und die Bevölkerung informiert.

Ich stelle also namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz weist auf die potentielle Gesundheitsgefährdung durch glyphosathaltige Herbizide hin und spricht sich gegen deren künftige Verwendung aus.
2. Der zuständige Stadtrat, Dr. Gerhard Rüscher, wird aufgefordert, die Holding Graz zu ersuchen, die Entscheidung des Landes Steiermark zum Anlass zu nehmen, künftig die Verwendung von glyphosathaltigen Herbiziden zu überdenken.
3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, Informationsmaßnahmen über Glyphosat und andere chemische Herbizide in der Gemeinde über die stadteigenen Medien, also BIG, Website, Facebook, durchzuführen. Damit soll das Bewusstsein über die gesundheitlichen Gefahren und die umweltschädlichen Wirkungen auf Pflanzen und Bestäuber Insekten von Herbiziden erhöht werden. Auch private GrundeigentümerInnen und LandwirtInnen sollen dazu bewegt werden, auf die Verwendung von Herbiziden insbesondere mit dem Inhaltsstoff Glyphosat zu verzichten.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, liebe Antragstellerin, werte Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates! Es ist so, dass wir versucht haben, einmal das Thema dieses Glyphosates einzuschränken auf das Stadtgebiet der Stadt Graz, einmal zu schauen, wie schaut es wirklich in der Stadt Graz aus und haben

durchaus durch den Leiter des Spartenbereiches Stadtraum einmal abgefragt, wie schaut es in der Stadt Graz aus, wird das überhaupt noch eingesetzt, welche Größenordnung und ich darf hier die Stellungnahme einmal zur Kenntnis bringen: Die Holding Graz Stadtraum pflegt im Auftrag der Stadt ungefähr 250 Hektar Grünflächen in Graz, das entspricht ungefähr zwei Prozent der Gesamtfläche der Stadt Graz und ist somit die eingesetzte Mengen Herbizid in Relation zur Gesamtstadt sehr klein. Allerdings wird angemerkt, in landwirtschaftlichen Kulturen, und das ist hier angesprochen worden, und in privaten Gärten, also wo wir sozusagen von Seiten der Stadt Graz kaum einen Einfluss haben oder keinen Einfluss haben, wird die zig-fache Menge appliziert, teilweise auch ohne Sachkenntnis Pflanzenschutz. Grundsätzlich versucht die Stadt Graz, nämlich die Holding Stadtraum, größtmöglich auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten, indem wir zum Beispiel Mulch-Materialien zur Unkrautregulierung, Pflanzenflächen oder robuste, dem Stadtklima entsprechende Pflanzenarten oder mechanische Wegepflegegeräte neben dem händischen Jäten einsetzen. Der Schutz und die Einhaltung und die Erhaltung der Natur, des pflanzlichen Lebensraumes sowie die nachhaltige Bewirtschaftung aller Grünflächen stehen im Vordergrund. Leider gibt es noch immer Randbereiche, und das wird auch offen zugegeben, muss man der Korrektheit halber sagen, wie zum Beispiel ungebundene Pflasterflächen, welche durch organischen Eintrag mit der Zeit zum Lebensraum von Gräsern und Unkräutern werden. Eine der Hauptaufgaben der Holding ist die Sauberkeit im Stadtgebiet, die Entfernung dieser Spontanvegetation wurde im Jahr 2015 durch den Einsatz von zirka 20 Liter Round up, das ist das Mittel, das inzwischen ja keine Zulassung mehr bekommt, also das glyphosathaltige Mittel effizient erledigt. Natürlich verfolgt auch die Holding Graz Stadtraum die aktuellen europaweiten Diskussionen und den Einsatz um das meist verwendete Herbizid und denkt natürlich auch über Alternativen nach, das ist ja angesprochen worden. Aktuell, und das ist der letzte Stand unserer Information, wird kein Round up verwendet, da die Zulassung fehlt und nach meinem Wissensstand ist ab Juni des heurigen Jahres insgesamt der

Einsatz von Glyphosaten überhaupt verboten. Wir möchten allerdings die drei Punkte getrennt dann abstimmen lassen. Danke.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.45 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Werte Antragsteller, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Das Thema Pflanzenschutzmittel ist ein großes Thema. Nicht nur für die Blumen und Blüten, sondern für die Menschen oder auch für das Trinkwasser, ich kenne es aus persönlicher Erfahrung, weil ich ja in meiner Funktion auch in der Trinkwasser-Kodex-Kommission sitzen darf und ich kann euch eines sagen: Jeder Stoff der ausgebracht wird, wird wiedergefunden und ich finde es auf der einen Seite nahezu unerträglich, dass auf der einen Seite ausgebracht werden darf und auf der anderen Seite die Trinkwasserversorger suchen müssen, was drinnen ist. Also das ist eine Situation, die dringendst verbessert werden muss, dass die Ausbringer, wer auch immer das ist, Gewerbliche, Landwirte oder die Landwirtschaft oder auch die Gärtner, die großen und die kleinen, sie müssen sich dessen bewusst sein, dass auf der anderen Seite das auftaucht. Ich habe mich natürlich auch erkundigt, was ist mit den Mengen, die ausgebracht werden. Im Land Steiermark ist man ja schon vorbildhaft vorangegangen und hat gesagt, ja, der Landesrat Lang hat die Mittelausbringung bei der Straßenerhaltung verboten, es wurde bis jetzt also nicht zur Grünflächenpflege eingesetzt, sondern ausschließlich dort, wo es um Bauwerke ging, also wo es sich um diese Kanten von Bauwerken und sich hier Unkräuter breitgemacht haben. Aber hier gibt es natürlich andere Methoden. Ich möchte Ihnen gerne eine Graphik zeigen, weil der Herr Kollege Topf gesagt hat, naja, 20 Liter dieses Mittels wurden in Graz verwendet. Hier ist eine Graphik und das sind die Tonnen der letzten 15 Jahre, 338

Tonnen wurden in Österreich ausgebracht im Jahr 2014, das ist eine Graphik, die vor etwa 14 Tagen durch die Medien gegangen ist. Also wir suchen hier Liter oder haben Liter in der Kompetenz, aber ich frage mich, wo sind diese Tonnen hin? Also ich glaube, die große Schlagkraft muss gehen hin zu einem Verbot. Es ist schön, freiwillige Maßnahmen zu finden, aber bei diesen Mengen 20 Liter zu 338 Tonnen ist eine große Relation, wo man dem Vorsorgeprinzip für uns Menschen Rechnung tragen soll und wie ich gesagt habe, natürlich auch dass ein entsprechendes Bewusstsein bei allen Beteiligten, die Stoffe und Herbizide ausbringen, da sein muss, dass alles, was ausgebracht wird, auch wiedergefunden wird und wahrscheinlich dort oder in hoher Wahrscheinlichkeit dort, wo wir es nicht haben wollen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Danke vielmals, Susi, und danke vielmals, Georg. Ich möchte es vielleicht noch einmal sagen, dass mir das sehr wohl bewusst ist, dass in den Gärten, vor allen Dingen auch früher sehr viel Round up einfach so in die Hand genommen wurde, versprüht wurde, ohne dass die Leute irgendwas gedacht haben. Mir ist auch sehr bewusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Holding eine Schulung haben, die können damit umgehen, was bei vielen Leuten natürlich nicht so ist. Jetzt ist es aber so, dass die Baumärkte, zum Beispiel OBI, zum Beispiel Hornbach und zum Beispiel Bauhaus, diese glyphosathaltigen Produkte auch begonnen haben aufzulisten. Das heißt, es wird nicht mehr so einfach sein, an diese Produkte heranzukommen. Aber ich glaube und ich habe auch gehört, in meinen Vorgesprächen hat mir ein Experte gesagt, schauen Sie einmal, was auf den Grazer Friedhöfen los ist. Also ich glaube, da wird das auch sehr breit ausgebracht und deshalb ist es einfach wichtig, dass die Stadt Graz ein Vorbild ist. Wenn wir sagen können, in Graz kommen wir auch ohne diese 20 Liter Glyphosat aus, weil wir einfach uns selbst binden, dann haben wir auch eine Vorbildfunktion gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft, gegenüber den Friedhofsverwaltungen, das ist einfach eine Situation, die, ich glaube,

sehr helfen würde auch in der Kommunikation mit den genannten Organisationen und Institutionen. Und ich glaube auch, und das habe ich ja auch in meinem dringlichen Antrag erwähnt, dass es sehr stark um Informationsarbeit geht und da hat die Stadt Graz sehr viele Möglichkeiten über die BIG, über die Website und über Facebook, dass man das eben wirklich auch an private GrundeigentümerInnen, an LandwirtInnen heranbringt und deshalb wäre ich sehr froh, wenn der dringliche Antrag positiv angenommen würde (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Teile ÖVP) angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Teile der ÖVP) angenommen.

9) Leichtere Erreichbarkeit der Wahllokale

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda:** Es geht um eine leichtere Erreichbarkeit der Wahllokale in Graz. Nach der letzten Bundespräsidentenwahl hat sich gezeigt, ich weiß nicht, ob sich bei euch auch der eine oder die eine Bürgerin gemeldet hat bezüglich Schwierigkeiten der Erreichbarkeit der Wahllokale. Um was geht es in Summe, kurz zusammengefasst. Ich habe zwei Beispiele dargelegt, es kann manchmal recht kompliziert und umständlich sein, zu einem Wahllokal zu kommen. Ein Beispiel ist die Rudolfstraße, die eigentlich jeder von euch wahrscheinlich kennen wird, die sehr lange ist, wo normalerweise unter der Woche ein Bus fährt, den man heute thematisch ja auch schon gehabt haben, der dann ab 2017 möglicherweise ausgebaut oder zumindest umgestaltet wird. Auf jeden Fall fährt dieser Bus an einem Sonntag, was klassischerweise ein Wahlsonntag ist, nicht. Jetzt ergeben sich, wenn man in der Rudolfstraße wohnt, zu den dementsprechenden Sprengellokalen teilweise Distanzen von 2,6 Kilometer hin und zurück oder 3,2 Kilometer hin und zurück. Das heißt, es können relativ große Distanzen entstehen einfach durch den Ausfall des Verkehrsmittels, sagen wir so. Und es sind zu uns sehr viele Leute gekommen, die gesagt haben, es ist am Sonntag halt dann relativ blöd, wenn die Öffis nicht fahren oder auch sehr schlechte Takte fahren, dann dementsprechend zum Wahllokal zu kommen. Solange ein schönes Wetter ist, ist das noch möglicherweise mit einem gemütlichen Spaziergang irgendwie kombinierbar, ab dem Zeitpunkt, wo das Wetter dann schlechter wird, ist es natürlich eigentlich ein Hindernis, das nicht unbedingt notwendig ist.

Ein zweites Beispiel kommt dann aus der Gegend um Straßgang, wo jetzt gar nicht die Öffis nicht fahren, weil die fahren gar nicht, sondern da ist eigentlich von Haus aus sozusagen das Wahllokal sehr weit weg in beide Richtungen, also wo man dann wirklich schon sagt, man geht gemütlich über 30 Minuten, wenn man zu Fuß geht, Richtung Wahllokal. Und wir sind der Meinung, das könnte man möglicherweise vereinfachen. Dementsprechend folgender

dringlicher Antrag:

Erstens, die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu prüfen, welche Maßnahmen und Ressourcen notwendig wären, um die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Graz an Wahlsonntagen zu verbessern, weil es sicher nicht so problematisch wäre an diesen seltenen Tagen dann die Öffis auch auf diesen Strecken fahren zu lassen und eine zweite Idee, die nicht direkt aus Österreich kommt oder von uns erfunden wurde, sondern die aus einem nordischen Land kommt: werden die verantwortlichen Abteilungen ersucht, die Aufstellung von "mobilen Wahllokalen" beziehungsweise "Wahlcontainern" oder vergleichbaren flexiblen Einrichtungen zu prüfen, um für eine bessere und leichtere Erreichbarkeit der Wahllokale zu sorgen. Weil, das wissen wir auch, es ist natürlich schwierig, ein Wahllokal zu finden, also überhaupt jemanden zu finden, der sich zur Verfügung stellt dafür, der ein Wahllokal anbietet, das dann die dementsprechenden Grundlagen überhaupt hat und möglicherweise wäre es eben eine Idee auch mit diesen mobilen Wahllokalen, die Idee kommt aus Dänemark, eben da in zentralerer Sprengelage in den Peripheriebezirken da eine Möglichkeit fürs leichtere Wählgang zu schaffen.

Den zuständigen Ausschüssen wäre bis zur Gemeinderatssitzung im September darüber Bericht zu erstatten, welche Möglichkeiten da gesehen werden. Ich bitte um eure Zustimmung. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller! Ja, es ist uns auch dringlich, weil die Erreichbarkeit von Wahllokalen natürlich auch für die Wahlbeteiligung ein wesentlicher Aspekt ist. Obwohl ich sagen muss, ein kurzer Spaziergang am Sonntag hat schon auch was Reizvolles, aber es sind natürlich nicht alle gut bei Fuß und deshalb würden wir auf alle Fälle der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen und zwar getrennte Abstimmung beim Inhalt, weil beim Punkt eins sind wir absolut dafür, da geht es um die Möglichkeit zu prüfen, ob die Öffis am Wahlsonntag zum Einsatz gelangen können, das ist sicher

sehr sinnvoll. Beim Punkt zwei werden wir nicht zustimmen, weil es einfach derzeit sehr viele Möglichkeiten gibt, alternative Möglichkeiten zur Wahl am Sonntag, es gibt die Möglichkeit der Briefwahl, es gibt die vorgezogene Stimmabgabe bei der Landtagswahl oder Gemeinderatswahl, es gibt dann besondere Wahlsprengel speziell bei den SeniorInnenwohnheimen, es gibt die fliegende Wahlbehörde und man kann sich automatisch auch die Wahlkarten zusenden lassen usw. Und wir sehen bei einem mobilen Wahllokal schon die Problemstellung, dass es ein zentrales Wählerregister geben muss, das müsste die Voraussetzung sein, ansonsten müsste jeder eine Wahlkarte beantragen und das ist dann wieder genauso kompliziert, wenn nicht noch komplizierter. Dann natürlich gewisse Größenordnung muss gegeben sein bei einem mobilen Wahllokal. Du musst denken, du brauchst sanitäre Einrichtungen, du brauchst zwei Wahlzellen, du brauchst entsprechende Räumlichkeiten für die Wahlbehörde, für die Mitglieder, deshalb werden wir beim Punkt zwei dir keine Zustimmung geben (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.